

Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161

Rechtsbuch-Nummer:

Departement:

Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) zum Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates und zur Staatsrechnung 2020

(Legislatur 2020 – 2024)

Präsident: Diezi Dominik, Stadtpräsident, Dr. iur., RA, Stachen

Mitglieder: Braun Bernhard, Gemeindepräsident ad interim, Eschlikon (seit 25. Mai 2021)
Eschenmoser Hans, Meisterlandwirt, Weinfeld
Feuerle Dieter, Schreiner, Baubiologe, Arbon (bis 25. Mai 2021)
Frischknecht Daniel, dipl. Psychologe FH, Romanshorn
Kaufmann Brigitte, Kommunikationsberaterin, Uttwil
Keller Heinz, Gemeindepräsident, Kradolf
Lei Hermann, lic. iur., Rechtsanwalt, Frauenfeld
Leuthold Stefan, Unternehmer, Frauenfeld
Müller Mathis, dipl. Biologe UZH, Pfyn
Nafzger Martin, eidg. dipl. Gärtnermeister, Romanshorn
Pasche-Strasser Corinna, Schulpräsidentin, Bischofszell
Peter Köstli Sabina, dipl. Betriebswirtschafterin HF, Ettenhausen
Rüedi Beat, Rechtsanwalt, Kreuzlingen
Salvisberg Martin, a. Stadtpräsident, Amriswil
Schrepfer Urs, Schulleiter, Busswil
Steiger Egli Christine, Juristin, Steckborn
Vietze Kristiane, lic. oec. publ., dipl. Wirtschaftsprüferin, Frauenfeld
Wyss Roland, Bauleiter, Hochbautechniker TS, Frauenfeld
Zahnd Vico, dipl. Bauingenieur FH, Weingarten
Zeitner Nicole, Betriebswirtschafterin, Stettfurt
Zimmermann David, Schreiner, Gemeindepräsident, Braunau

Eintreten:

Ämterbesuche

Ziele und Kriterien der Ämterbesuche sind im Reglement der GFK festgehalten. Die diesjährige Geschäftsprüfung erfolgte in folgenden Schritten:

- Besuch und Prüfung ausgewählter Ämter durch die Subkommissionen im Zeitraum Februar bis März 2021
- Beratung des Geschäftsberichts departementsweise in den Subkommissionen und mit den Departementsvorstehern (26. April bis 10. Mai 2021)
- Beratung des Geschäftsberichtes in der Gesamtkommission (Session 3. Juni und 4. Juni 2021)

2/6

Die Subkommissionen erhalten für ihre Arbeit von der Gesamt-GFK Vorgaben bezüglich:

- zu prüfende Ämter (siehe nachstehend)
- generell zu prüfende Inhalte (siehe nachstehend)
- zu klärende Einzelfragen (gemäss Pendenzenliste sowie gemäss Einzelauftrag)

Bei der Zusammenstellung des Programms werden Hinweise und Empfehlungen der Finanzkontrolle berücksichtigt. Das Prüfungsprogramm umfasste dieses Jahr 25 Ämter. Gemäss vereinbartem Schwerpunktthema wurden alle Ämter auf:

Allgemeine Prüfungsthemen

- Langzeitauswirkungen von COVID-19

Investitionen

- Verzögerungen bei Projekten aufgrund COVID-19-Situation
- Konsequenzen daraus

Schwerpunktthemen 2021 für alle zu besuchenden Ämter

- Bilanz

angesprochen.

Alle Ämter empfingen die prüfenden Subkommissionsmitglieder sehr gut vorbereitet und beantworteten die gestellten Fragen kompetent. Die Resultate der Ämterbesuche sind in den Berichten der Subkommissionen weiterführend erläutert.

Zusammenarbeit der GFK mit der Finanzkontrolle

Gemäss § 35 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates verkehrt die Finanzkontrolle direkt mit der GFK. Sie erteilt ihr jede Auskunft, die für die Oberaufsicht notwendig ist. Dies geschieht schriftlich sowie mittels periodisch stattfindender Koordinationsgespräche.

Feststellungen der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle bestätigt, dass die Rechnungslegung des Kantons dem Grundsatz der Ordnungsmässigkeit entspricht. Die festgestellten Bestände und Guthaben stimmen per Bilanzstichtag mit den entsprechenden Buchausweisen überein. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020

Im Namen der GFK danke ich dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung für die im Berichtsjahr 2020 geleistete Arbeit und die umfassende Berichterstattung zum Geschäftsjahr 2020. Die Kommission hat die Botschaft in einer Sit-

zung zum Eintreten zusammen mit den Fraktionspräsidien, an fünf Subkommissions-sitzungen und während einer zweitägigen Session im gesamten Gremium beraten. Die Mitglieder der Regierung sowie Vertretungen der Staatskanzlei und der Datenschutzbeauftragte haben dabei der GFK Sachverhalte erläutert, offene Fragen beantwortet und sind auf vorgebrachte Feststellungen eingegangen. Antworten zu ergänzenden Fragen wurden bei Bedarf auch in den Protokollen nachgeliefert.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung des Kantons Thurgau schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 98.8 Mio. Franken. Der Gesamtaufwand der Erfolgsrechnung 2020 beläuft sich auf 2.2 Milliarden Franken. Der Gesamtaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um 51.7 Mio. Franken oder 2.4 %. Der liquiditätswirksame Aufwand I kann budgetkonform ausgewiesen werden, mit einer minimalen Abweichung von Fr. 13'105 (0.0 %). Der Personalaufwand schliesst mit 4.4 Mio. Franken (-1.1%) unter Budget ab, darin enthalten sind 0.6 Mio. Franken COVID-19 Ausgaben. Gegenüber der Rechnung 2019 steigt der Personalaufwand um 1.9 %. Der Sachaufwand liegt mit 3.6 Mio. Franken (2.0 %) über Budget. Darin enthalten sind rund 5 Mio. Franken COVID-19 Ausgaben sowie die erneute Erhöhung des Delkredere um 2.4 Mio. Franken bei der Staatsanwaltschaft. Ohne Berücksichtigung dieser ausserordentlichen Buchungen liegt der Sachaufwand rund 3.8 Mio. Franken (-2.1 %) unter Budget. Der Transferaufwand liegt mit 17.3 Mio. Franken (1.7 %) über Budget, darin enthalten sind COVID-19 Beiträge von rund 13.4 Mio. Franken (Kultur, Sport, Spitäler, Kitas, Tourismus) sowie der Gemeindeanteil von Grundstückgewinnsteuern, welcher 11.4 Mio. Franken höher ausfiel als budgetiert. Der Gesamtertrag der Erfolgsrechnung 2020 beläuft sich auf 2.3 Milliarden Franken. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 3.6 %. Der liquiditätswirksame Ertrag liegt 96.8 Mio. Franken (5.7 %) über dem Budget und 79.5 Mio. Franken (4.6 %) über dem Vorjahresresultat. Beim Fiskalertrag resultierte gegenüber dem Vorjahr ein Mehrertrag von 13.6 Mio. Franken (1.5 %). Die Regalien und Konzessionen übertreffend das Budget um 50.6 Mio. Franken (99.1 %), was mit dem höheren Ertrag aus der Nationalbank (49.3 Mio. Franken) zusammenhängt. Der Gesamtertrag liegt bei rund 89.8 Mio. Franken (4.0 %) über Budget und 3.6 % über der Rechnung 2019.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Ertragsüberschuss von Fr. 98'801'749.39 wie folgt zu verwenden:

- Einlage Rückstellung Bewältigung Coronakrise: Fr. 30 Mio
- Einlage Rückstellung Härtefalldarlehen: Fr. 20 Mio
- Einlage neuer Fonds für Biodiversität: Fr. 12 Mio
- Einlage Energiefonds: Fr. 10 Mio
- Einlage NFA-Schwankungsreserve: Fr. 10 Mio
- Einlage Rückstellung Digitalisierungsprojekte: Fr. 6 Mio
- Einlage Waldfonds: Fr. 801'749.39

- Zuweisung Bilanzüberschuss: Fr. 10'000'000.00

Die Zuweisung gemäss Ziff. 2 steht im Zusammenhang mit der Erhöhung des kantonalen Härtefallprogramms im Nachgang an die Beschlüsse auf eidgenössischer Ebene in diesem Frühjahr. Im Thurgau wurden die Mittel für ein kantonales Härtefallprogramm dem nicht ausgeschöpften Covid-Spezialfonds entnommen. Zu diesem Zweck wurde der Spezialfonds gestützt aufs § 44 der Kantonsverfassung (KV; RB 101) mit RRB Nr. 34 vom 19. Januar 2021 in einen Härtefallfonds umgewandelt. Aufgrund der anhaltenden einschneidenden Massnahmen zur Pandemiebekämpfung und der Aufstockung des Härtefallprogramms des Bundes muss der Härtefallfonds aus kantonalen Mitteln des Ertragsüberschusses 2020 um 20 Mio. Franken auf maximal 38 Mio. Franken erhöht werden. Der Bund steuert zum kantonalen Härtefallprogramm einen Beitrag in der Höhe von maximal 88.6 Mio. Franken bei (Stand 13. April 2021). Damit stehen dem kantonalen Härtefallfonds Mittel im Umfang von insgesamt 126.6 Mio. Franken zur Verfügung. Der Grosse Rat hat dieser Zuweisung am 5. Mai 2021 bereits zugestimmt.

Investitionsrechnung

Auf Grund von verschiedenen Verschiebungen wurde das Budget 2020 um 15.4 Mio. Franken unterschritten. Die Nettoinvestitionen betragen 45.0 Mio. Franken. Dies sind 2.8 Mio. Franken weniger als 2019.

Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte Fritz Tanner betonte, dass auch während der Pandemie der Grundsatz gelte, dass sich der Datenschutz am Gesetz ausrichten müsse. In der Kantonsverwaltung habe Homeoffice rasch verwirklicht werden können, da die Vorgaben bereits nach einer früheren Vogelgrippe geschaffen worden seien. Herausforderungen hätten sich jedoch bei der Vertraulichkeit von Videokonferenzen und bei der Kommunikation im Schulbereich ergeben. Fritz Tanner stellte weiter fest, dass er in die Social Media Strategie involviert worden sei. Er ist der Ansicht, dass die Persönlichkeit der Online-Besucher bei Nachrichten, welche über die Webseite der Kantonsverwaltung verbreitet werden, besser geschützt sei, als bei den Angeboten, welche über die Seiten der Social Media Betreiber verbreitet würden. Solange ein Besucher aber weiterhin die Möglichkeit habe, die relevanten Informationen auch auf der Webseite des Kantons einzusehen, verletze das zusätzliche Angebot die Freiheit der Besucher nicht. Fritz Tanner führte schliesslich aus, dass er das Öffentlichkeitsgesetz nicht erstellt habe, sich aber insbesondere während der Vernehmlassung habe einbringen können.

Budgetrichtlinien 2022

Regierungsrat Urs Martin stellt der GFK, der Vertretung des Büros des Grossen Rates und den Fraktionspräsidien die Budgetrichtlinien 2022 vor.

Die Budgetrichtlinien sehen für das Budget 2022 einen Aufwandüberschuss von rund 15 Mio. Franken und einen Finanzierungsfehlbetrag von rund 20 Mio. Franken vor. Die Nettoinvestitionen sollen rund 68.2 Mio. Franken nicht übersteigen. Es wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 80 % gerechnet.

Eintreten

Eintreten ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung obligatorisch.

Detailberatung

Für Informationen zur Detailberatung verweise ich auf die Berichte der Subkommissionen.

Antrag der GFK

Die GFK diskutierte intensiv die Anträge des Regierungsrates betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses. Die FDP-Vertreterinnen und der FDP-Vertreter stellten dabei die folgenden Anträge, wobei die Anträge drei und vier im Verlauf der Beratungen zurückgezogen wurden:

- Einlage Rückstellung in neuen Innovationsfonds 16 Mio. Franken
- Einlage Rückstellung für Anerkennungsprämie 17 Mio. Franken
- Reduktion "Einlage in neuen Fonds Biodiversität" von 12 auf 8 Mio. Franken
- Reduktion "Einlage Energiefonds" von 10 auf 7 Mio. Franken
- Streichung der "Einlage NFA Schwankungsreserve"
- Streichung der "Einlage Rückstellung Digitalisierungsprojekte"

Die Rückstellung in einen neuen Innovationsfonds wurde im Wesentlichen damit begründet, dass es notwendig sei, die Innovationsfähigkeit des Thurgaus zu erhöhen. Zur Begründung einer Rückstellung für Anerkennungsprämie wurde ausgeführt, nach der harten Zeit der Pandemie solle jede Thurgauerin und jeder Thurgauer eine Anerkennungsprämie erhalten. So würden alle profitieren, auch wenn sie keine Steuern zahlen müssten. Diese beiden Anträge wurden von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Beim Innovationsfonds wurde vor allem festgehalten, dass dafür zuerst die erforderliche gesetzliche Grundlage geschaffen werden müsse. Der Antrag wurde mit 13 Nein zu 6 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt. Bei der Anerkennungsprämie wurde vor allem das Giesskannenprinzip kritisiert und die Wirksamkeit aufgrund des tiefen Betrages in Zweifel gezogen. Dieser Antrag wurde mit 17 Nein und 3 Ja abgelehnt. Der Streichungsantrag NFA-Schwankungsreserve wurde mit 15 Nein zu 4 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt. Der Streichungsantrag Rückstellung Digitalisierung wurde hingegen einstimmig gutgeheissen, da auch hier das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage moniert wurde. Der neuen Zuweisung Bilanzüberschuss von Fr. 16 Mio zu Lasten der Erfolgsrechnung wurde schliesslich mit 17 Ja gegen 3 Nein zugestimmt.

Im Namen der einstimmigen GFK beantrage ich die Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Staatsrechnung 2020 sowie mit einer Mehrheit von 17 zu 3 Stimmen die Verwendung des Ertragsüberschusses gemäss nachstehendem Beschlussesentwurf.

Schlussbemerkungen

Die GFK dankt den Mitgliedern des Regierungsrates, dem Staatsschreiber sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre sehr gute Arbeit im Geschäftsjahr 2020.

Wiederum haben uns die Parlamentsdienste in unserer Arbeit hervorragend unterstützt. Ein besonderer Dank geht an Herrn Robert Widmer, welcher die Sitzungen und Traktanden für die GFK zuverlässig und kompetent vorbereitet. Die Behandlung des Geschäftsberichts während einer Session (zwei Tage) fand dieses Mal aufgrund der Coronakrise in der Konvikthalle in Frauenfeld statt. Ein herzliches Dankeschön geht an die dortigen Verantwortlichen, welche für diese Räumlichkeiten verantwortlich sind. Ein grosser Dank gehört den Präsidien der Subkommissionen, sowie den Präsidien der Kommissionen für die Institutionen TKB, PHTG und GVTG und schlussendlich allen Mitgliedern der GFK für die sachlichen Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

Stachen/Arbon, 24. Juni 2021

Der Kommissionspräsident:
Kantonsrat Dominik Diezi

Beilage:

Beschlussesentwurf der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission

Beschluss des Grossen Rates über Genehmigung des Geschäftsberichtes 2020

vom Datum

1. Der Geschäftsbericht 2020, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung 2020, die aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per 31. Dezember 2020 besteht, wird genehmigt.

2. Der Ertragsüberschuss von Fr. 98'801'749.39 wird wie folgt verwendet:

- Einlage Rückstellung Bewältigung Coronakrise	Fr.	30'000'000.00
- Einlage Rückstellung Härtefalldarlehen	Fr.	20'000'000.00
- Einlage neuer Fonds für Biodiversität	Fr.	12'000'000.00
- Einlage Energiefonds	Fr.	10'000'000.00
- Einlage NFA-Schwankungsreserve	Fr.	10'000'000.00
- Einlage Waldfonds	Fr.	801'749.39

- Zuweisung Bilanzüberschuss zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020 Fr. 16'000'000.00

3. Vom Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten wird Kenntnis genommen.

Die Präsidentin des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariats

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DIV



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer:
Departement: DIV

Bericht der GFK-Subkommission DIV zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV

Präsident/in: Pasche-Strasser Corinna, Bischofszell (at interim)
Feuerle Dieter, Arbon (bis 25. Mai 2021)

Mitglieder: Braun Bernhard, Eschlikon
Kaufmann Brigitte, Uttwil
Salvisberg Martin, Amriswil

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement

Das Rechnungsergebnis 2020 fällt um 1 Mio. Franken besser aus als budgetiert und schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 83.1 Mio. CHF ab. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Zunahme von 4.8 Mio. CHF. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf das Generalsekretariat, im Bereich Öffentlicher Verkehr und das Amt für Informatik. Der Leistungsauftrag wurde in allen Ämtern und Abteilungen erfüllt. Ebenfalls in allen Ämtern ist ein hohes Kostenbewusstsein und hohe Budgetdisziplin spürbar. Mit Nettoinvestitionen von 7.4 Mio. Franken fielen die Investitionen 2.4 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Im Bereich Amt für Informatik sind grosse Projekte zurückgestellt worden.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Staatsarchiv
- Veterinäramt
- Landwirtschaftsamt Arenenberg
- Amt für Informatik
- Generalsekretariat

Angesprochen wurden in allen besuchten Ämtern folgende Themen:

- Welche Auswirkungen hat Corona auf das Amt?
- Wie sind die Home-Office-Regeln? Wie viele Mitarbeitende waren davon betroffen, respektive konnten Home-Office leisten? War der Kundenkontakt trotz Homeoffice zu allen Zeiten sichergestellt?
- Gab es seitens des Amtes «Bestellungen» beim Amt für Informatik für das Jahr 2020? Sind diese getätigt, erfüllt, erledigt?

2/5

- Welche sind allenfalls noch pendent oder wurden gar nicht angefordert und warum? Dito 2021?
- Sind bereits grössere Abweichungen zum Budget 2021 erkennbar, falls ja, wo und warum?

Wie überall ist eine gewisse «Corona bedingte» Anspannung zu spüren, die Situation ist generell belastend, nicht aber speziell auf den Arbeitsplatz oder die Zusammenarbeit bezogen.

Das Spannungsfeld zwischen dem Erfüllen des gesetzlichen Auftrags und dem Erhalt der Gesundheit der Mitarbeitenden stellt eine grosse Herausforderung dar.

Vieles musste im Homeoffice erbracht werden. Sitzungen wurden Online durchgeführt. Die damit verbundenen Nachteile sind bekannt. Zum Glück gab es aber auch den ein oder anderen positiven Effekt.

Die Kommission hat von allen besuchten Ämtern einen sehr guten Eindruck gewonnen. Der Austausch war sehr informativ und transparent. Vielen Dank

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

3010-3015 Generalsekretariat

Normalerweise ist der Aufwand für Gemeindeangelegenheiten bei ca. 10%. Dies umfasst vor allem Beratungen, allg. Fragen, Weiterbildungen, usw. Im 2020 wurde das Generalsekretariat öfter auch bei Streitigkeiten hinzugezogen. Was den Aufwand kurzfristig auf über 30% ansteigen liess. Zum Glück hat sich in den meisten Gemeinden die Situation wieder beruhigt. Die Kanzlei stellt auf «papierlos» um. Bis im 2023 sollte diese Umstellung vollzogen sein.

Öffentlicher Verkehr

Im Frühling wurde während des Lockdowns der Bus- und Bahnbetrieb eingeschränkt betrieben. Diese wie auch andere Covid-Massnahmen haben massive Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr. Die Defizitdeckungen für 2020 und die überarbeiteten Angebotsvereinbarungen 2021 werden mit den Transportunternehmen Mitte 2021 abgeschlossen. Für 2020 ist für den Kanton Thurgau mit netto 1.1 Mio. Franken Zusatzabgeltungen zu rechnen. Dies wurde in der Rechnung 2020 abgegrenzt. 2021 ist mit netto 3.4 Mio. Franken zu rechnen.

Die im regionalen Personenverkehr zurückgelegten Personenkilometer waren 2020 knapp 30 % tiefer als 2019. Aktuell sind sie 35 - 40 % tiefer als 2019. Die Nachfragezahlen 2021 sind abhängig von der Art und Dauer der verordneten Massnahmen gegen Covid-19. Es ist davon auszugehen, dass die Pandemie Verhaltensänderungen ausgelöst hat, die nicht so schnell wieder ändern. Man wird in Zukunft wahrscheinlich mehr im Homeoffice arbeiten und es werden weniger Geschäftsreisen unternommen. Bis die Nachfrage wieder auf dem Niveau von 2019 ist, werden wohl einige Jahre vergehen.

Energie

Neben den Schulungsveranstaltungen sind auf der Webseite kompakte Videos mit den wichtigsten Änderungen der Energiegesetzgebung sowie detaillierte Präsentationen

3/5

aufgeschaltet. Die Gemeinden überprüfen stichprobenweise die Einhaltung und die Nachweise.

Der Kanton Thurgau wird aufgrund seiner Energieressourcen kaum energieunabhängig werden. Ziel ist jedoch, den Anteil an der Nutzung und Erschliessung der eigenen Energieressourcen sukzessive zu erhöhen.

Grundsätzlich soll das heutige Energieförderprogramm weitergeführt werden. Es muss jedoch laufend an neue Vorgaben des Bundes, aktuelle Entwicklungen und die finanziellen Mittel angepasst werden.

Erfreulicherweise steigt der Anteil an rein elektrischen Fahrzeugen im Kanton Thurgau seit 2019 deutlich stärker als im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

3110 Staatsarchiv

Der Archivdienst hatte sich bereits seit - er 2015/16 als das Projekt gestartet wurde - gut am Markt eingeführt und etabliert. Die beiden Mitarbeitenden sind gut ausgelastet. Die Dienstleistung kann nach wie vor kostendeckend betrieben werden.

Sobald das Konzept für die Umsetzung des neuen Archivgesetzes den Gemeinden vorliegt, wird der Beratungsaufwand für das Staatsarchiv steigen.

Die Rückstände der zu archivierenden Akten werden kleiner. Bis alles aufgearbeitet ist, wird noch einige Zeit verstreichen.

Das Staatsarchiv unterstützt die Ämter bei der Umstellung auf elektronische Aktenführung. Diese Umstellung dauert immer mehrere Jahre. Die derzeitigen Ressourcen reichen nicht, um alle Departemente, die für die Umstellung bereit wären, zu begleiten. Die Arbeitsmarktsituation ist gut, sollte Personal rekrutiert werden müssen, sollte es nicht allzu schwierig sein diese Vakanzen zu besetzen.

Bei einzelnen Projekten gab es eine gewisse Corona bedingte Verzögerung, die allerdings in vertretbaren Grenzen liegt.

3210 Amt für Informatik

Wegen der Covid-Pandemie waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Vielzahl zusätzlicher Aufgaben konfrontiert (Aufbau flächendeckendes Home-Office, IT-Unterstützung für den Krisenstab, IT-Unterstützung Contact-Tracing, usw.)

Alle Anfragen im Zusammenhang mit der Pandemie hatten erste Priorität. LifeCycle Austausch wurde aufgrund der aktuellen Situation angepasst.

Der neue Amtschef hat sich gut eingelebt.

Der technologische Fortschritt entwickelt sich rasant. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinken hinterher. Dies stellt für die Kantonale Verwaltung immer mehr ein Hemmnis dar. Der Amtschef steht im regen Austausch mit dem Datenschutzbeauftragten, um Lösungen innerhalb des gesetzlich Möglichen zu finden.

Das Amt für Informatik ist gewachsen immer mit dem Fokus auf einen IT Betrieb. Die Entwicklung sollte aber mehr Richtung IT Dienstleistung als Ganzes gehen. Mit der Strategie Digitale Verwaltung hat der Kanton TG einen mutigen und richtigen Schritt getan. Das AFI sollte als integraler Bestandteil betrachtet werden und das Kompetenzzentrum in allen Bereichen unterstützen.

4/5

Dass das ELSI doch noch einige Kinderkrankheiten aufweist, war dem Amt für Informatik so nicht bewusst. Das Amt für Informatik ist sehr bemüht, die ihnen mitgeteilten Schwachstellen schnellst möglich zu beheben.

Flexibilität und schnelle Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen sind gerade im IT Umfeld sehr wichtig, das AFI ist sich dessen sehr bewusst. Wie gut damit umgegangen werden kann, ist primär eine Frage der Einstellung.

3310 Amt für Geoinformation

Ein neues Teilprojekt, welches zum Ziel hat ein kantonales Portal für digitale Eingabe von Planungsgeschäften (z. Bsp. Zonenplanänderungen) und Baugesuchen aufzubauen wurde gestartet. Die Initialisierungsphase ist abgeschlossen, die Konzeptphase gestartet.

3530-3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die Einführung der Stellenmeldepflicht war aufwendig, verlief aber reibungslos. Grundsätzlich kann eine positive Bilanz über die Umsetzung gezogen werden. Die guten, engen Kontakte, die das AWA zu den Arbeitgebern pflegt haben sich hier ausbezahlt. Allerdings gilt es auch festzuhalten, dass die Stellenmeldepflicht nicht Wundermittel für die Erreichung aller möglichen Zielsetzungen sein kann.

3640-3710 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg

Das sanierte Schulgebäude konnte im Februar 2020 neu bezogen werden. Kurz nach der Inbetriebnahme wurde der gesamte Unterricht bis im Sommer auf Fernunterricht umgestellt. In der Gastronomie/Hotellerie gelang es, dank den im Strategieprozess definierten schnell und konsequent umgesetzten Massnahmen in Marketing und Verkauf, den «Ferien in der Schweiz Boom» auszunützen. Mit einer starken Zimmerbelegung in den Sommermonaten konnte der massive Einbruch bei der Schülerübernachtung und -verpflegung, den Seminaren und Veranstaltungen zu einem Teil aufgefangen werden. Die Strategie mit Individualgästen die bestehende historische Anlage besser auszulasten und die sinkenden Schülerübernachtungen aufzufangen, konnte bereits einen wertvollen finanziellen Beitrag leisten.

Es konnten keine Kurzarbeitsentschädigungen geltend gemacht werden, die internen Verrechnungen für Mietkosten wurden im vollen Umfang geleistet.

Die Zusammenlegung des BBZ Arenenberg mit dem Napoleon Museum zum Arenenberg als eine Organisation mit einer zentralen Leitung wurde 2020 vorbereitet.

Der Zeitplan der Umbauten/Renovationen rund um den Arenenberg konnten eingehalten werden.

Drittmittelfinanzierte Projekte, wie das Projekt AquaSan werden zu einem erfolgversprechenden Weg, um Kosten und Wirkung in der Praxis zu optimieren. Alle Beteiligten profitieren vom Einbezug der Vorführ- und Versuchsbetriebe in Güttingen, Tänikon/Swiss Future Farm und am Arenenberg. Die zugesicherten Projektfinanzierungen verbesserten den Kostendeckungsgrad in den Beratungsabteilungen.

Das Interesse am Umstellungskurs und an anderen Beratungsangeboten zu den Methoden der biologischen Landwirtschaft bleibt nach wie vor hoch.

5/5

Die Verantwortung für den gesamten Arenenberg inklusiv Napoleon Museum liegt seit dem 1. Januar 2021 beim DIV. Für die Fachkoordination ist ein Auftraggeberrat, bestehend aus den vier involvierten Bereichen, verantwortlich.

3930-3940 Veterinäramt

Seit April 2020 wird die Reorganisation des Veterinäramtes konsequent vorangetrieben. Bis Ende 2020 konnten im Rahmen einer ersten Reorganisationsetappe bereits wichtige Schritte in den Bereichen Personal, Amtsstrukturen und Prozesse realisiert werden. Besonders erfreulich ist aus Sicht der Amtsleitung, dass die Stelle der Kantonstierärztin mit Dr. Pascale Wapf per 1. Januar 2021 kompetent besetzt werden konnte, womit die fachliche Leitung des Vollzugs gewährleistet ist.

Die Stimmung im Amt hat sich aus Sicht der Amtsleitung im Vergleich zum Vorjahr merklich verbessert, die klare interne Kommunikation sowie die nunmehr erfolgte Definition der Aufgaben und Abläufe hat dazu beigetragen.

Die Frage der amtsinternen Stellvertretung ist zwischenzeitlich geregelt.

Mit der bisherigen internen Reorganisation ging auch eine Überarbeitung der dem Veterinäramt zugewiesenen Produktgruppen einher.

Die Untersuchungskommission hat im Wesentlichen zwei Empfehlungsgruppen zusammengefasst:

- Optimierung Tierschutzvollzug
- Optimierung der Tierschutzverwaltungsmassnahmen

Ein weiteres, wichtiges Element der Reorganisation des Veterinäramtes ist es, die Zusammenarbeit mit den vom Vollzugsbereich des Veterinäramtes tangierten privaten wie behördlichen Interessengruppen zu etablieren und zu intensivieren. Ziel ist es, die Vollzugstätigkeit möglichst breit abzustützen und den Vollzug für alle Involvierten möglichst nachvollziehbar und transparent zu gestalten. 2020 konnten in diesem Bereich bereits erste wichtige Schritte realisiert werden.

Aus Sicht der Amtsleitung ist es wichtig, die angelaufene Reorganisation weiter konsequent fort- und umzusetzen. So können die Probleme der Vergangenheit, zum Wohle aller Beteiligten, endgültig und nachhaltig behoben werden.

Bischofszell, 3. Juni 2021

Die Subkommissionspräsidentin
Corinna Pasche-Strasser, Bischofszell

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DEK



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DEK

Bericht der GFK-Subkommission DEK zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DEK

Präsident: Wyss Roland, Frauenfeld
Mitglieder: Keller Heinz, Kradolf
Schrepfer Urs, Buswil
Zeitner Nicole, Stettfurt

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission DEK hat an der internen Sitzung vom 26.04.21 den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung sowie die offenen Punkte der Finanzkontrolle vorbesprochen. Am 10.05.21 fand die Detailberatung mit der Regierungsrätin Monika Knill statt.

Das Rechnungsergebnis des DEK liegt rund 8.7 Mio. Franken (2.4%) unter Budget und rund 0.8 Mio. Franken (0.2%) unter dem Vorjahr. Der im letzten Jahr angesprochene Trend der sinkenden Erfolgsrechnung geht zwar weiter, allerdings nicht mehr so deutlich wie in den Vorjahren. Wie weit dies im vergangenen Jahr überhaupt vergleichbar ist, werden wir erst in den nächsten Jahren sehen.

Die Investitionsrechnung schliesst mit einer Budgetunterschreitung von rund 1.05 Mio. Franken ab. Dies ist hauptsächlich mit Projektverzögerungen bei Bauten von Sonderschulen zu begründen.

Im gesamten Departement sind nebst Corona die Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung am grössten. Wir gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren die Ausgaben hierfür nochmals steigen werden. Wichtig erscheint uns, dass im Support gerade bei den Bildungszentren eine gemeinsame Lösung angestrebt wird.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten insbesondere bei der zuständigen Regierungsrätin für die gute Vorbereitung, Zusammenarbeit und Offenheit. Die eingereichten Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet und die Rechnung wurde angeregt und kritisch diskutiert.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission DEK hat folgende Ämter besucht:

- Generalsekretariat
- Amt für Volksschule
- Kantonsschule Frauenfeld
- Amt für Berufsberatung und Berufsbildung
- Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen
- Bildungszentrum Arbon

Wie vieles im 2020 waren die Auswirkungen durch Covid das Hauptthema. Insgesamt kann festgehalten werden, dass seitens des Kantons viel für unsere Bevölkerung getan wird, sei dies in den Schulen, bei der Berufsbildung oder in den übergeordneten Ämtern.

Einleitend wurden wir jeweils mit einer Präsentation inkl. Organigramm über das Amt oder die Schule informiert. Bei den Schulen wurde zudem ein kleiner Rundgang durch die Räumlichkeiten durchgeführt, was für kommende Investition sehr hilfreich ist. In diesem Jahr konnten alle Ämterbesuche wieder physisch stattfinden. Dies hat sich positiv auf die Diskussion und die offenen Gespräche ausgewirkt.

Allgemeine Fragen der Gesamt-GFK:

Erwarten Sie aufgrund der COVID-Situation Verzögerungen bei Projekten? Wenn ja bei welchen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Einzelne kleinere und vor allem interne Projekte mussten verschoben werden. Oft erfolgte dies auch durch übergeordnete Instanzen (fehlende Daten und Unterlagen für die Projekte). Gemäss aktueller Einschätzung sollten diese Projekte im laufenden Jahr nachgeholt werden können.

Werden in Ihrem Amt Langzeitauswirkungen aufgrund von COVID-19 befürchtet? Wenn ja, welche?

Derzeit werden in keinem Amt und keiner Schule Langzeitauswirkungen erwartet, ausser diejenigen, welche auf Veränderungen der Wirtschaft und Gesellschaft basieren (Lehrstellenangebot, etc.). Eine gewisse Ermüdung ist allerdings zu spüren.

Generalsekretariat

Die Einarbeitung des neuen Amtsleiters Patrick Riemli ist gut erfolgt.

Bei den aktuellen Projekten erwähnt er unter anderem die Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen im Bereich Kinder, Jugend und Familien, welche demnächst dem Regierungsrat unterbreitet werden. Auch über das weitere Vorgehen beim Bildungsbericht 2022 wird bald entschieden.

Beim letzten Besuch wurde darauf hingewiesen, dass der Controllingbericht 2, welcher parallel zum Geschäftsbericht läuft als unnötig erachtet wird. Von der Finanzverwaltung wurde vorgeschlagen, dass der Bericht per 31.12. nur noch das Projekt- und Personalcontrolling umfassen soll, da die finanziellen Aspekte im Geschäftsbericht abgebildet werden.

Amt für Volksschulen

Eine grosse Herausforderung stellte zweifelsohne die Umsetzungen der nationalen und kantonalen Massnahmen zu Corona dar. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten (vor allem durch die kurzen Umsetzfristen vom Bund) hat sich das Zusammenspiel vom Amt und den Schulen gut entwickelt. Von Anfang an wurde eine transparente Informationspolitik via die bereits vorhandenen Plattformen aufgebaut.

Durch Corona hat sich der Lehrpersonenmangel stark beruhigt. Dies kann sich aber rasch ändern, wenn alles wieder offen ist und Auslandsaufenthalte und längere Reisen nachgeholt werden können.

Auch die Herausforderungen betreffend Digitalisierung und Fernunterricht werden angegangen und in diesem Jahr gemeinsam mit den Schulgemeinden diskutiert.

Die Löhne der Kindergarten-Lehrpersonen sollen an diejenigen der Primar-Lehrpersonen angeglichen werden.

Ein ständiges Thema ist die Entwicklung der Sonderschulen. Diese Auslagen sollten sich in den nächsten Jahren etwas beruhigen, müssen aber weiter beobachtet werden.

Kantonsschule Frauenfeld

Die Kantonsschule wird seit eineinhalb Jahren von Chantal Roth als neue Rektorin geführt.

Die Vorgaben der Covid-Massnahmen wurden im ganzen Jahr sowohl von den Schülern als auch vom Lehrpersonal sehr gut aufgenommen und umgesetzt. Auch die Umstellung im letzten Frühling auf den Fernunterricht funktionierte gut. Die Stimmung unter dem Lehrpersonal ist gut und hat sich durch den Präsenzunterricht auch wieder stabilisiert. Im Frühling/Sommer hat man gemerkt, dass der Austausch etwas fehlte.

Die gymnasiale Maturitätsquote ist zwar immer noch tief, aber es werden Anstrengungen unternommen, um dies zu ändern. Im ländlichen Thurgau ist dies eher schwierig, da seitens der Wirtschaft wenig Unterstützung zu erwarten ist.

Das Leitbild wird gut gelebt, was man auch gespürt hat.

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Die Umstrukturierung und Umteilung der Berufsschulen erforderte vom Amt viel Koordinationsaufwand. Es mussten diverse Verhandlungen mit den Berufsverbänden geführt werden. Man sieht dem Ende dieser Bereinigung positiv entgegen.

Die Subkommission DEK hat sich mit der Finanzkontrolle und der Regierung eingehend über die im FIKO-Bericht erwähnten Beiträge der Entschädigung der ÜK-Räumlichkeiten befasst. Über die Abgeltung dieser Beiträge wurden die Subkommission und die GFK bereits bei der Budgetberatung 2021 informiert. Durch die Zustimmung des Voranschlages hat auch der Grosse Rat davon Kenntnis gehabt. Politisch gesehen steht die Subkommission weiterhin hinter dieser Entscheidung und den Abgeltungen.

In den letzten Jahren war das Brückenangebot rückläufig. Es wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage in Zukunft wieder ansteigen wird.

Der sich abzeichnende Trend in der Berufswelt zeigt, dass die Ausbildung bei den Coiffeuren rückläufig, bei den technischen Berufen und in der Pflege dafür steigend sind.

Allgemeines zu den Berufsschulen

Die Berufsschulen haben extremen Drive, sind nahe an den Lernenden und haben eine grosse Aufgabe, gerade unter Covid-Umständen. Bei der Umsetzung der Massnahmen standen die Lernenden im Zentrum, sowohl im Bildungs- als auch im psychischen Bereich.

Bildungszentrum für Bau und Mode in Kreuzlingen

Mit der Umsetzung der Covid-Massnahmen ist man zufrieden.

Die Umstellung der Berufsbilder löst auch in Kreuzlingen Veränderungen aus, allerdings weniger als an anderen Standorten.

Durch die stetig sinkende Zahl von Lernenden im Bereich Mode wird dieser Bereich künftig nicht mehr angeboten. Die Lernenden müssen neu nach Zürich oder St. Gallen ausweichen. In diesem Zusammenhang wird auch über eine Namensänderung diskutiert. Da die laufenden Klassen noch fertig unterrichtet werden, hat dies aber noch Zeit. Die Situation bei den berufsbezogenen Lehrpersonen hat sich noch nicht verbessert. Es ist immer noch schwierig, geeignete Lehrpersonen zu finden.

Bildungszentrum Arbon

Auch im BZA ist man mit der Umsetzung der Covid-Massnahmen zufrieden. Das Umfeld für die Berufsschülerinnen und -schüler war sehr unterschiedlich. Während bei den technischen Berufen die Lernenden meist durchgearbeitet haben, sieht dies im Detailhandel ganz anders aus. Die Unterstützung der Schule für die Lernenden war sehr wichtig und gab ihnen wenigstens etwas Struktur. Leider muss man auch erwähnen, dass die Zusammenarbeit mit einzelnen Lehrbetrieben umständlich war, da sie durch die Schliessung der Läden und Betriebe teilweise nicht erreichbar waren.

Die grösste Herausforderung stellt aber die Umstellung der Berufsbereiche dar. Vor allem für die ÜK's werden hohe Ansprüche gestellt, welche nun so gut wie möglich umzusetzen sind.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

4010-4020 Generalsekretariat

Bei den Rekursen im Volksschulbereich werden oft Entscheidungen betreffend Einweisung in eine separative Sonderschulung, beim AMH Entscheide zu Ausbildungsbeiträgen angefochten.

4110-4123 Amt für Volksschule (AV)

Erwähnenswert ist sicher die Umsetzung des neuen Beitragsgesetzes. Dank der höheren Steuerkraft schliessen die Beiträge an die Schulgemeinden für den Kanton besser ab als budgetiert.

Ein Thema, das uns noch länger beschäftigen wird, sind die stetig steigenden Kosten der Sonderschulung. Wir sind gespannt, wie sich das fehlende Platzangebot, und die bereits getroffenen Massnahmen im vorschulischen Bereich auswirken werden. Als Entwicklungsziele der Frühen Förderung werden die Schwerpunkte vorschulische Sprachförderung und das Thema des Verhaltens bearbeitet.

Bei der Schulpsychologie und Logopädie werden in der Primarschule immer noch fast doppelt so viele Knabe als Mädchen abgeklärt. Auf Sekundarstufe sind die Anmeldungen fast ausgeglichen. Den langen Wartezeiten bei der Abklärung will man mit einer aufs Jahr 2021 bewilligten Pensenerhöhung entgegenwirken. Eine weitere Erhöhung durch die steigenden Schülerzahlen ist erst auf 2023 geplant.

4130-4145 Amt für Mittel- und Hochschulen (AMH)

Bei der Diskussion in der Subkommission über das Stipendienwesen konnten nicht alle Punkte und Anregungen wie gewünscht besprochen und erledigt werden. Auch auf Bundesebene läuft derzeit einiges. Die Regierung wird konkretere Abklärungen treffen und die Subkommission zeitnah informieren.

Ein ständiges Thema bleibt auch die gymnasiale Maturitätsquote im Thurgau. Mit attraktiven Angeboten wie MINT, zweisprachiger Maturität, Maura Talenta oder Kunst- und Sportklassen wird bereits viel unternommen. Im Gegensatz zur weit verbreiteten dualen Berufsbildung haben es die Mittel- und Hochschulen im Thurgau aber schwer sich zu behaupten.

4210 AMH, Kantonsschule Frauenfeld

4230 AMH, Kantonsschule Kreuzlingen

4250 AMH, Kantonsschule Romanshorn

Die Unterschreitungen des Budgets beim Unterricht erfolgte durch den geringeren Sachaufwand während des Fernunterrichtes. Zudem wurden weniger Klassen geführt und weniger Lektionen erteilt.

4270 AMH, Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen

Für nicht durchgeführte Studienwochen, Fremdsprachenaufenthalte und Praktika wurde ein Kreditübertrag von 100'000 Franken bewilligt.

4310-4318 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB)

Seit dem Schuljahr 2018/2019 begannen die Schulen mit der Einführung von BYOD (Bring your own device) in den ersten Lehrjahren. Ab dem Schuljahr 2021/2022 verfügt die grosse Mehrheit der Lernenden über BYOD.

4313/3640 BBZ Arenenberg – Bildung

Keine Bemerkungen.

4325-4328 ABB, Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden

4330-4339 ABB, Gewerbliches Bildungszentrum Weinfelden

4350-4359 ABB, Bildungszentrum für Technik Frauenfeld

4360-4369 ABB, Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen

4380-4385 ABB, Bildungszentrum Arbon

4390-4392 ABB, Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales

Wie bereits bei den Ämterbesuchen beschrieben, stehen die Berufsfachschulen in einem grossen Wandel. Im Rahmen von 12 Projekten werden die Wechsel der Schulortzuweisungen vorbereitet. Die Anpassungen für Ausserkantonale erfolgen ab dem Schuljahr 2021/2022, diejenigen für Kantonale ab dem Schuljahr 2022/2023.

4410-4420 Sportamt

Durch die Verbote von Trainingsmöglichkeiten im 2020 erwartet das Sportamt keinen markanten Rückgang der Sportvereine, da diese keine hohen Fixkosten haben. Zudem wurden sie via Sportfonds sowie über die nationalen Verbände direkt vom Bund unterstützt. Bei den Jahrgängen 2000 und älter, welche oft als Trainerinnen und Trainer tätig sind, wird eher ein Problem erwartet.

4510 Kantonsbibliothek

Die physischen und digitalen Ausleihen sind auch im 2020 wieder gestiegen. Bei den physischen geht man von einer Stagnation aus, bei den digitalen Ausleihen wird sich der Trend vermutlich noch etwas fortsetzen.

4611-4640 Kulturamt (Amtsleitung)

Die geringe Abweichung zum Budget erklärt sich durch die Sprechung von Beiträgen oder Teilbeiträgen aus Leistungsvereinbarungen. Viele Kulturschaffende und Veranstalter probten und planten weiter, da sie für allfällige Öffnungen bereit sein wollten.

4614 Historisches Museum

4618 Naturmuseum

4621 Napoleonmuseum

4628 Kunst- und Ittinger Museum

Durch die angeordnete Schliessung der Museen ist die Besucherzahl um rund 50% zurückgegangen, was überall zu einem tieferen Ertrag führte.

4710 Amt für Archäologie

Keine Bemerkungen.

Frauenfeld, 26.06.21

Der Subkommissionspräsident
Roland Wyss, Frauenfeld

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 20/BS 15/161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DJS

Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Lei Hermann, Frauenfeld
Mitglieder: Frischknecht Daniel, Romanshorn
Eschenmoser Hans, Weinfelden
Rüedi Beat, Kreuzlingen

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement

Statt des budgetierten Aufwandüberschusses von über 59 Millionen resultierte ein solcher von über 64 Millionen. Die Differenz von ca. 5 Millionen ist fast ausschliesslich durch ausserordentliche Corona- Aufwendungen begründet, ansonsten das DJS eine «Punktlandung» hätte vermehren können.

Negative Abweichungen sind bei der Staatsanwaltschaft (+5.46 Mio., Delkredere und Rückstellung Prozesskosten), beim Amt für Justizvollzug (knapp +3 Mio., div. Gründe) und beim ABA (über +4 Mio., meist Covid) zu verzeichnen. Dafür haben die Grundbuchämter Rekorderinnahmen verzeichnet (+ 9.4 Mio., anhaltend reger Immobilienhandel).

All unsere Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit und offen beantwortet. Differenzen mit der Fiko sind kleiner geworden und erfreulich gering. Personell anspruchsvoll ist die Situation anhaltend und systembedingt im Zivilstandswesen sowie temporär bei der KESB Weinfelden. Die Departementschefin hat aber nach unserer Wahrnehmung in all diesen Fällen ein wachsames Auge.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Polizeischule Ostschweiz
- Grundbuchinspektorat
- Staatsanwaltschaft
- Amt für Bevölkerungsschutz und Armee
- Amt für Handelsregister- und Zivilstandswesen

Wir haben dabei keine alarmierenden Fakten festgestellt. Was uns bei der Grundbuch- und Notariatsverwaltung aufgefallen ist, sind die hohen Gebühren, die der Kanton einzieht und wo allenfalls Handlungsbedarf besteht. Auch durch Verzicht auf Veröffentlichung der Grundstücke im Amtsblatt könnte man sparen. Bei der Staatsanwaltschaft haben wir von künftigen Stellenwünschen Kenntnis genommen. Beim Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen konnte uns der juristische Mitarbeiter, Herr Molls, in krankheitsbedingter Abwesenheit des Amtsleiters, gute Auskünfte erteilen.

Generell wurden unsere Fragen zu unserer Zufriedenheit und offen beantwortet.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

5010 Generalsekretariat

Zu den Fr. 523'000 Covidbeiträge an KITAS: Am 20. Mai 2020 hat der Bundesrat die Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet (SR 862.1). Diese Verordnung trat rückwirkend am 17. März 2020 in Kraft und galt für die Dauer von sechs Monaten. Sie verpflichtete die Kantone, den privaten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung Finanzhilfen für Betreuungsbeiträge der Eltern zu gewähren, die ihnen in der Zeit vom 17. März 2020 bis 17. Juni 2020 entgangen sind. Der Bund übernimmt ein Drittel der Kosten der Kantone. Das Verfahren, die Fristen und die Formulare wurden vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vorgegeben. Im Kanton Thurgau haben in der Folge 32 Kindertagesstätten, fünf schulergänzende Betreuungsangebote und eine Tagesfamilienorganisation Finanzhilfen erhalten. Die Ausrichtung der Finanzhilfen wurde durch das BSV und die Finanzkontrolle Thurgau überprüft.

Am 17. Februar 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zur Revision des Covid-19-Gesetzes verabschiedet. Diese sieht vor, dass die Kantone auch den Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung, die von der öffentlichen Hand betrieben werden, rückwirkend Ausfallentschädigungen gewähren können. Der Bund beteiligt sich auch an diesen Finanzhilfen. Die Botschaft wird in der Frühjahrssession im Parlament behandelt. Sie wurde am 19. März 2021 verabschiedet (Art. 17c). Die Verordnung dazu ist in Vorbereitung.

5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen

Der Gebührenanteil von Fr. 216'000 an Bund ist deutlich höher als die budgetierten Fr. 95'000. Gemäss den Informationen der Bundesbehörden war im Budgetverfahren 2020 davon auszugehen, dass die neue Verordnung des Bundesrates über die Gebühren für das Handelsregister (GebV-HReg, SR 221.411.1) auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt wird. Es war demnach zum einen zu berücksichtigen, dass die Ansätze bei den eidg. HR-Gebühren um ca. 30 % reduziert werden. Andererseits galt es zu beachten, dass die Verteilung der Gebühreneinnahmen zwischen Bund und Kantonen eine neue Regelung erfahren wird. Die Einnahmen aus den eidg. HR-Gebühren für Handelsregistereintragungen fallen neu zu 90 % dem Kanton zu, der die Eintragung vorgenommen hat, und zu 10 % der Eidgenossenschaft (Art. 8 Abs. 1 GebV-HReg). Erst zu einem späteren Zeitpunkt

3/11

wurden die Kantone darüber informiert, dass beim Bund nicht näher präzierte Verzögerungen entstanden seien, weshalb die GebV-HReg zeitverzögert, d.h. auf den 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt werde. Demzufolge kamen auch im Geschäftsjahr 2020 die Regelungen für die Erhebung der HR-Gebühren nach der zwischenzeitlich aufgehobenen GebV-HReg zum Tragen. Konsequenterweise war dabei auch der Schlüssel für die Verteilung der Gebühren zwischen Bund und Kantonen nach der alten Regelung massgebend. Art. 23 Abs. 1 aGebV-HReg lautete folgendermassen:

Die Gebühren für die Handelsregistereintragungen fallen zu 85 Prozent dem Kanton, der die Eintragung vorgenommen hat, und zu 15 Prozent der Eidgenossenschaft zu. Bei Gebührenerträgen (eidg. HR-Gebühren) im Jahr von total Fr. 1'440'000 ergibt sich folgende zahlenmässige Aufteilung:

85 % Kanton:	Fr. 1'224'000
15 % Bund:	Fr. 216'000

Zu Mietverträgen mit Leerräumen teilte das Amt mit, dass beim Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen (Kostenstelle 5110) keine Mietverträge für Leerräume bestehen oder bestanden.

5120 Zivilstandsämter

Zu Mietverträgen mit Leerräumen teilte das Amt mit: Beim Zivilstandsamt (Kostenstelle 5120) besteht aktuell noch der Mietvertrag für Leerräume an der Bahnhofstrasse 22 in Weinfeld (Standort des ehemaligen Zivilstandsamtes Bezirk Weinfeld). Der Jahresmietzins beträgt Fr. 77'880. Gemäss Auskunft des Hochbauamtes vom 2. Mai 2021 wurde definitiv vereinbart, dass das Konkursamt die Büroräume per 1. Oktober 2021 übernehmen wird.

Im Amt ist die Personalrekrutierung schwierig und für die nahe und mittlere Zukunft kann kaum davon ausgegangen werden, dass sich die Möglichkeiten zur Personalrekrutierung im Bereich Zivilstandsdienst merklich verbessern werden.

5130 Grundbuchamt und Notariate

Die (zu hohen) Einnahmen der Grundbuchämter setzen sich aus den Handänderungssteuern und den Grundbuchgebühren zusammen. Die entsprechenden Tarife sind im Steuergesetz (§ 140; RB 640.1) und im Gesetz über die Gebühren und Gemengsteuern der Grundbuchämter und Notariate (RB 632.1) festgelegt. Die Grundbuchämter haben folglich keinen Spielraum bei der Veranlagung der Steuern und Gebühren.

Bei vielen Grundbuchgeschäften bilden die Transaktionspreise die Grundlage für die Berechnung der Gebühren. Solange weiterhin so rege mit Immobilien gehandelt wird und die Kaufpreise weiterhin auf so hohem Niveau liegen, wird auch der Ertrag der Handänderungssteuern und Grundbuchgebühren sehr hoch sein. Nur bei einer wesentlichen Verschlechterung der Wirtschaftslage oder einer deutlichen Erhöhung des Zinsniveaus müsste mit einem Rückgang des Immobilienhandels und fallenden Immobilienpreisen gerechnet werden.

Die Grundbuch- und Notariatsverwaltung geht bis auf weiteres nicht von diesem Szenario aus und wird deshalb in den Budgets für die kommenden Jahre weiterhin mit hohen Erträgen rechnen. In der Regel wird für das Budget der Mittelwert der vergangenen zwei Rechnungsjahre angenommen.

Eine Anpassung der Tarife ist nicht vorgesehen. Im Rahmen des Ämterbesuchs der GFK-Subkommission DJS wurde seitens der Amtsleitung jedoch aufgezeigt, dass eine Reduktion der Gebührenansätze im Bereich der Grundpfandrechte denkbar wäre, weil der diesbezügliche Kostendeckungsgrad sehr hoch ist, damit die Kundinnen und Kunden entlastet werden könnten und der Kanton entsprechende Mindereinnahmen von ein bis zwei Millionen Franken wohl verkraften könnte.

5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen

Viele Unternehmen in der Gastronomie und im Detailhandel, aber auch Fitnesscenter oder die Veranstaltungsbranche waren während der COVID-Pandemie im ständigen Ausnahmezustand. Immer wieder mussten sie neue Massnahmen des Bundes umsetzen, die das Geschäft erschwerten oder dazu führten, dass sie dieses gar über Monate nicht mehr betreiben konnten. Daher warnten Wirtschaftsvertreter immer wieder vor einer drohenden Betreibungs- und Konkurswelle. Diese Prognose bewahrheitete sich indessen nicht. Vielmehr trat das Gegenteil ein.

Im Jahr 2020 wurden so wenig Konkurse und Beteiligungen eingeleitet wie seit einigen Jahren nicht mehr. Dies ist wohl auf die rechtlichen und wirtschaftlichen Stützmassnahmen (COVID-Kredite, Kurzarbeits-, Härtefall-Programme) zurückzuführen. Dies gilt für den Kanton Thurgau ebenso wie für die ganze Schweiz. Die Geschäftszahlen aus dem vergangenen Jahr sind auf www.abk.tg.ch unter Publikationen abrufbar. Von einem markanten Anstieg oder einer Beteiligungs- und Konkurswelle ist auch derzeit nicht auszugehen. Ob sich die Pandemiefolgen in zukünftigen Statistikzahlen niederschlagen werden, ist zurzeit offen. Es ist deshalb angezeigt, die Zahlen der Jahre 2021 oder sogar 2022 abzuwarten, um das volle Ausmass der Pandemie-Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und spezifisch auf die Anzahl Konkurse und Beteiligungen erkennen und analysieren zu können.

5250 Staatsanwaltschaft

Im Bereich des Verteidigungsaufwandes sind seit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung signifikante Mehraufwendungen erkennbar. Die Zahl der amtlichen Verteidigungen zeigt auf, welche Strafverfahren diejenige Komplexität aufweisen, damit die beschuldigten Personen Anspruch auf die unentgeltliche Zurverfügungstellung einer Verteidigung haben. Vergleicht man die Zeiträume 2011 bis 2015 (1'045) und 2016 bis 2020 (1'513) ergibt sich bei den amtlichen Verteidigungen eine Zunahme von 44.80 %.

5/11

In der Natur der Sache liegt dabei, dass mehr Verteidiger auch mehr Anträge stellen und mehr Rechtsmittel gegen Entscheide und Verfügungen der Staatsanwaltschaft ergreifen. Dies wiederum führt zu einer Zunahme der im Kanton Thurgau für amtliche Verteidigungen bezahlten Honorare.

Wurden bei der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 noch Fr. 421'090 für amtliche Verteidigungen und Parteientschädigungen bezahlt, waren es im Jahr 2019 bereits Fr. 3'482'810.

2011	421'090.00
2012	690'163.00
2013	1'771'587.00
2014	2'967'949.00
2015	3'297'020.00
2016	2'977'378.00
2017	3'415'516.00
2018	3'652'200.00
2019	3'482'810.00

Seit dem Jahr 2020 werden die Positionen "Anwaltsentschädigungen" und "Parteientschädigungen/Genugtuungen" in separaten Konti aufgesplittet. Die Anwaltsentschädigungen im Jahre 2020 beliefen sich auf Fr. 3'021'284.

Wie bereits im Protokoll des Amtsbesuchs der GFK Subkommission DJS vom 8. März 2021 ausgeführt (Seite 5), gestaltet sich die Rekrutierung neuer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit langjähriger Berufserfahrung aufgrund des ausgetrockneten Arbeitsmarktes als sehr schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass die Anstellungsbedingungen in den umliegenden Kantonen gegenüber denjenigen im Kanton Thurgau in jüngster Zeit immer attraktiver wurden (insbesondere die LohnEinstufung von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten). Will man diesbezüglich Gegensteuer geben, müsste die Lohnklasseneinstufung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte überprüft und angepasst werden.

Dem Einzug von Vermögenswerten in der Höhe von Fr. 58'651 standen Abschreibungen derselben wegen Uneinbringlichkeit in der Höhe von Fr. 114'730 gegenüber, was zu einem Negativvertrag geführt hat. Eine Abschreibung aufgrund eines Verlustscheines betrug alleine schon Fr. 80'000. Generell ist zu den Einzügen von Vermögenswerten zu sagen, dass wenn solche gebucht werden, nicht in allen Fällen der Staat bereits darüber verfügt, sondern zuerst ein Offenposten in Form einer ausstehenden Forderung entsteht, der durch die entsprechenden Schuldner zu begleichen wäre, was in vielen Fällen infolge Mittellosigkeit aber nicht geschieht.

In einem äusserst umfangreichen, noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Fallkomplex stehen Forderungen von mehreren Millionen Franken im Raum. Da es sich um ein vor Obergericht Thurgau laufendes Verfahren handelt, liegt die Hoheit nicht mehr bei der Staatsanwaltschaft. Es können einerseits deswegen, andererseits aber auch wegen des Verfahrensstandes keine detaillierten Angaben gemacht werden. Es kann aber so

viel gesagt werden, dass es im Rahmen des Möglichen liegt, dass das Gericht einen Teil der Forderungen sprechen könnte, deren Umfang aber noch nicht bezifferbar ist. Um dafür gerüstet zu sein, wurden 2 Mio. Franken Rückstellungen gebildet.

5350-5370 Amt für Justizvollzug

Es ist mit einer anhaltend hohen Auslastung des Kantonalgefängnisses zu rechnen. Der Regierungsrat hat darum im Jahr 2018 das Departement für Bau und Umwelt beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für eine Erweiterung des Kantonalgefängnisses zu erarbeiten. Einzelne der vorliegenden Varianten für eine Erweiterung oder einen Neubau werden derzeit in intensiver Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Justizvollzug und dem Hochbauamt vertieft. Über das weitere Vorgehen wird der Regierungsrat entscheiden. Der Anstieg ist im Wesentlichen damit zu erklären, dass die Staatsanwaltschaften 2020 deutlich mehr Ersatzfreiheitsstrafen (Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen) an die Vollzugs- und Bewährungsdienste übermittelt haben.

5370 Massnahmenzentrum Kalchrain

Im Berichtsjahr sind zahlreiche Ausbildungsverhältnisse abgebrochen worden. Das Amt teilt diesbezüglich Folgendes mit: Die Einweisung in ein Massnahmenzentrum erfolgt, wenn das Delikt im Zusammenhang mit einer Verzögerung oder Störung der persönlichen Entwicklung steht. Die Persönlichkeitsstörungen haben an Ausprägung zugenommen. Die eingewiesenen Personen wirken deutlich kindlicher als vor einigen Jahren. Die wichtigsten Störungen sind dissoziale Persönlichkeitsstörungen mit manipulativem Verhalten und ein Mangel an Einfühlungsvermögen. Es folgen emotional instabile Persönlichkeitsstörungen, die häufig unzuverlässig bis unberechenbar wirken. Weitere Störungen sind depressive Anpassungsstörungen, psychotische Störungen und Missbrauch von Substanzen mit den bekannten Symptomen sowie eine Intelligenzminderung. Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit, Kritikfähigkeit, Frustrationstoleranz, Ausdauer und Verlässlichkeit herzustellen, nimmt heute deutlich mehr Zeit in Anspruch als früher. So kommt es häufiger vor, dass eingewiesene Personen ihre Ausbildung erst nach der Massnahme aufnehmen oder abschliessen. Eine solide Berufsbildung bleibt für junge Straftäter jedoch eine wesentliche Grundlage zur persönlichen Reifung und zur Entwicklung von Perspektiven.

5410-5417 Strassenverkehrsamt

Der doch grosse Ertragsüberschuss verlangt nach Ansicht des Amtes keine Anpassung der Einnahmen, weil das interkantonale Benchmarking und auch die bisherigen Berichte des Eidgenössischen Preisüberwachers nicht auf einen entsprechenden Handlungsbedarf hinweisen würden.

Die erkleckliche «5410.3990.508 Vergütung Dienste DJS» ist nach Ansicht des Departementes keine «Subventionierung» des GS. Mit dieser Zahlung werde vielmehr per Definition die Dienstleistung der Regierungsrätin, des Generalsekretariats, des Rechtsdienstes und des Controllings entschädigt.

7/11

5420 Eichamt

Der fehlende Ertrag im Kontrollwesen hat nichts mit Corona zu tun. Sondern es fallen lediglich Erträge an, wenn Mängel festgestellt werden und erneute Kontrollen gefordert sind. Alle Mängel konnten jedoch ohne zusätzliche Kontrollen und entsprechende Belastungen des Gewerbes erledigt werden.

5430-5445 Migrationsamt

Die Corona-Pandemie bewirkt(e) eine deutliche tiefere Nachfrage nach Reisepässen. Hier wurde ein entsprechender Rückgang der Einnahmen verzeichnet. Es sind aber nicht alle Abweichungen auf die Pandemie zurückzuführen. Beim Aufwand sind beispielsweise die Kosten für die Rohlinge des neuen Ausländerausweises AA19 gestiegen. Die Personalkosten sind im Vergleich zum Vorjahr, wie im Budget 2020 ausgewiesen, ebenfalls höher.

Im Rechnungsabschnitt 5430 konnten zum Zeitpunkt der Erstellung des Geschäftsberichts keine Umbuchungen mehr vorgenommen werden. In der Kostenrechnung für den Deckungsgrad wurden die Einnahmen für die Datenerfassung jedoch korrekt der Produktgruppe Ausweise und Bewilligungen zugeschlagen.

Die Einschränkungen haben sich nicht über das ganze Jahr hingezogen. Zudem wurden sehr schnell zahlreiche Ausnahmen durch den Bund (Covid-Verordnung, Weisungen SEM) festgelegt, so namentlich für die Landwirtschaft und andere Branchen der kritischen Landesversorgung.

5450-5457 Jagd- und Fischereiverwaltung

Der Rückgang des Kostendeckungsgrades ist ausschliesslich auf deutlich geringere Einnahmen bei den Jagdgebühren (ca. -80% gegenüber dem Jahr 2019) zurückzuführen. Dies ist hauptsächlich eine Folge der Jagdgesetzrevision im Jahr 2018, wo festgelegt wurde, dass Jagdkarten für eine ganze Pachtperiode vorausbezahlt werden können (daher waren die Einnahmen im Jahr 2019 überproportional hoch) und Jagdgäste mit einer gültigen Jagdkarte aus anderen Kantonen keine zusätzliche Jagdkarte im Kanton Thurgau mehr lösen müssen. Zusätzlich dürften die Einschränkungen der Herbstjagden aufgrund der Corona-Massnahmen zu einer etwas geringeren Nachfrage von Tagesjagdkarten geführt haben.

Die Zahl der produzierten Besatzfische, insbesondere bei Felchen, Hecht und Äschen hängt vom Erfolg der Laichfischfänge ab und ist jährlichen Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2019 ist im Bodensee-Obersee der Laichfischfang auf Felchen komplett ausgefallen. Im Jahr 2020 konnte wieder eine geringe Laichmenge (aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der Vorjahre) gewonnen werden. Dies führte in der Brutanlage Romanshorn, wo neben Seeforellen hauptsächlich Felchen aus dem Bodensee-Obersee erbrütet werden, daher nur zu einem geringen Anstieg der Besatzfische im Jahr 2020. In der Brutanlage Ermatingen werden neben Hecht auch Felchen aus dem Bodensee-Ober-

see und aus dem Untersee künstlich erbrütet. Der Laichfischfang von Felchen im Untersee war zwar im Jahr 2019 auch tiefer als in den Vorjahren, fiel aber nicht komplett aus. Der gute Laichfischfang im Jahr 2020 im Untersee führte zusammen mit dem wieder verbesserten Laichfischfang im Bodensee-Obersee dazu, dass in der Brutanlage Ermatingen proportional mehr Jungfische im Vergleich zur Brutanlage Romanshorn produziert werden konnten.

Die Anzahl der Gewässerverschmutzungen unterliegt jährlichen Schwankungen. Im Jahr 2019 lag diese unter dem Durchschnitt, im Jahr 2020 darüber. Im Jahr 2020 ereigneten sich ca. ein Drittel mehr Gewässerverschmutzungen durch Baustellen- und Waschabwasser (meist aufgrund unsachgemäsem Umgang mit Vorklärbecken). Zudem führten mehrere Unfälle im Umgang mit Milch zu zusätzlichen Gewässerverschmutzungen. Ob es sich bei der Zunahme der Gewässerverschmutzungen im Jahr 2020 um eine zufällige Anhäufung handelt, lässt sich nicht eruieren.

5510 Kantonspolizei

Der steigende Aufwand im Vergleich zur Rechnung 2019 findet sich hauptsächlich im Personalaufwand und entsteht durch den steigenden und höheren Personalbestand. Der höhere Aufwand Umlagen Globalbudget ist ebenfalls auf den höheren Personalbestand zurückzuführen, weil zusätzliche Möblierungs- und Raumkosten anfallen. Der Ertragsrückgang gegenüber der Rechnung 2019 um Fr. 565'000 hat hauptsächlich folgende Gründe: Durch die Corona-Massnahmen konnten keine Grossanlässe durchgeführt werden, somit fielen auch keine verrechenbaren Polizeieinsätze an (innerkantonale wie auch zu Gunsten des Ostschweizer Polizeikonkordats Fr. -293'000).

Zum Schutz des Personals wurden die Schwerverkehrskontrollen während des Lockdowns reduziert. Dies führte zu tieferen Entschädigungen des Bundes (Fr. -94'000). Nicht coronabedingt sank der Ertrag infolge der tieferen Vergütung der Verfahrensgebühr Polizei durch die Staatsanwaltschaft (Fr. -140'000) und weniger an das WEF entsendetes Personal (Fr. -82'000).

Bezugnehmend auf die Kriminalitätsstatistik kann ausgeführt werden, dass die Delikte innerhalb der Schweiz allgemein rückläufig sind, was einen Teil der Minderung erklärt. Im Detail betrachtet sind es folgende Positionen, die einen Grossteil der Summe von 25'979 an rückläufigen Dienstleistungen im Vergleich zum Jahr 2014 ausmachen: Dienstleistungen übrige

übrige	-8'418
Funde/Verluste	-2'571
SVG Anzeigen	-679
Vermögensdelikte	-2'292
Verzeigungen Ordnungsbussen	-8'786
Total	-22'746

Die einzelnen Positionen wurden uns detailliert erklärt und sind im Protokoll zum Ämterbesuch zu finden.

9/11

5640-5650 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee

Der Anteil, der auf dem Führungsstab Corona Konto verbucht wurde, gliedert sich wie folgt:

Contact Tracing = 70 % (nur Lungenliga)
Erste Covid-Testungen Planung und Labor = 3 %
Einkauf Desinfektionsmittel und Hygienemasken = 10 %
Ausbildung Helferinnen und Helfer = 1 %
Entschädigung Helferinnen und Helfereinsatz = 5 %
Verpflegung KFS = 1 %
Zusatzreinigungskosten Büro Verwaltungen = 10 %

Bedingt durch die restriktiven COVID-19-Schutzmassnahmen des Bundes mussten Kurse und Weiterbildungen im Bevölkerungsschutz sistiert werden. Dies hatte auf die Sachausgaben, Kurse Kantonales Katastrophen Einsatzelement, Zivilschutzausbildung, Rekrutierung und den Einkauf Kantine Ausbildungszentrum einen Einfluss. Betriebsintern fielen die Reisespesen deutlich tiefer aus.

Im Amt für Bevölkerungsschutz musste zur Bewältigung der Pandemie bis 31. Dezember 2020 kein zusätzliches Personal angestellt werden.

5710 Feuerschutzamt

Die Frage, ob bei den Gemeinden bzw. den Gemeindezweckverbänden ein Investitionsstau besteht oder nicht, konnte das Amt nicht beantworten. Tatsache ist, dass wichtige Infrastrukturbauten wie z.B. das Seewasserwerk Kesswil sowie die Wassertransportleitung Kesswil – Amriswil an ihre Kapazitätsgrenzen stossen und auch wegen ihres technischen Alters ersetzt werden müssen. Allein für diese Bauvorhaben wurden im Jahr 2020 Subventionsbeiträge im Umfang von rund 2.93 Mio. Franken zugesichert. Auch andere Gemeinwesen setzten bzw. setzen in den Jahren 2020 und 2021 bedeutende, wenn auch nicht so kostenintensive Bauvorhaben im Bereich der Trink-, Brauch- und Löschwasserversorgung um.

Anhand der Grösse und des Schienennetzes im Kanton Thurgau wurde der Mannschaftsbestand für die Einsätze auf dem Schienennetz im Kanton Thurgau auf 60 Angehörige der Feuerwehr (AdF) festgelegt.

Die Aus- und Weiterbildungen finden im Interkantonalen Feuerwehr-Ausbildungszentrum ifa in Balsthal sowie auf dem regionalen Schienennetz in den Kantonen Thurgau und St. Gallen statt. Die Kosten dieser Ausbildung tragen die Infrastrukturbetreiberinnen. Die Taggelder der Teilnehmenden werden aus den Vorhaltezahlungen der Infrastrukturbetreiberinnen beglichen.

8110 Obergericht

Mit dem Wechsel im Präsidium (Ende 2018) und in der Leitung der Gerichtsschreiber ("Generalsekretär" des Obergerichts, Ende 2019) stellte sich (im Jahr 2019) die Frage nach einer allfälligen Optimierung der Geschäftsabläufe, weshalb für das Budget 2020 ein entsprechender Betrag ins Budget aufgenommen wurde.

Seither sind diverse Änderungen und Anpassungen an den Geschäftsablauf auch ohne zusätzlichen finanziellen Aufwand erfolgt. Für eine vertiefte Überprüfung der Abläufe fehlen indessen einerseits aktuell die personellen Ressourcen, unter anderem auch infolge Mehrbelastung im Zusammenhang mit Covid-19, und andererseits hat sich gezeigt, dass auch keine dringende Notwendigkeit besteht.

8250 Bezirksgericht Kreuzlingen

Bei den Gerichtsbussen war der Saldo negativ. Dies wurde wie folgt erklärt: Das Konto "Gerichtsbussen" wird durch die Staatsanwaltschaft in dem Sinn bewirtschaftet, als das Inkasso der vom Gericht verhängten Bussen durch die Staatsanwaltschaft erfolgt und sie auch – sofern die Voraussetzungen gegeben sind – Abschreibungen bei Uneinbringlichkeit etc. vornimmt. Jeweils am Jahresende wird der resultierende Saldo auf dem Konto des Bezirksgerichtes verbucht. Abklärungen bei der Staatsanwaltschaft haben ergeben, dass im Jahr 2020 sehr hohe Abschreibungen (teilweise offenbar zufolge Verjährung) erfolgten. Die Abschreibungen waren im Jahr 2020 höher als die durch das Gericht verhängten Bussen, woraus ein negativer Saldo resultierte. Eine Rückerstattung von Gerichtsbussen gibt es nicht

8750 Steuerrekurskommission

Hauptursachen für den tieferen Aufwand sind die um Fr. 13'000 geringeren Entschädigungen der Richter sowie die um Fr. 37'000 tieferen Besoldungen des Verwaltungspersonals. Im Jahr 2020 war die Geschäftslast im Vergleich zu den Vorjahren geringer. Grund dafür war mutmasslich der Wechsel des Chefs der Steuerverwaltung und die damit einhergehende Neuorganisation sowie die zeitweise Unmöglichkeit der Durchführung von mündlichen Einspracheverhandlungen. Betreffend Personal ist zu vermerken, dass einem Gerichtsschreiber zur Vorbereitung der Anwaltsprüfung ein dreimonatiger unbezahlter Urlaub gewährt wurde. Die Stellvertreterin wurde auf Stundenlohnbasis angestellt. Aufgrund der geringeren Geschäftslast mussten ihr relativ wenige Stunden entschädigt werden, teilweise wurden diese erst im Jahr 2021 ausbezahlt. Weiter ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2020 keine Weiterbildungsseminare besucht werden konnten (budgetiert Fr. 5'000), keine Parteientschädigungen ausgerichtet werden mussten (budgetiert Fr. 4'000) sowie um Fr. 5'700 geringere Informatikkosten und um Fr. 8'500 geringerer BLDZ-Aufwand anfielen

11/11

Investitionsrechnung

Die einzige Verschiebung in der Investitionsrechnung im DJS betrifft die "Polycom Basisstationen" bei der Polizei. Wegen Projektverzögerungen aufgrund der Grösse und der technischen Komplexität konnten lediglich rund Fr. 400'000 im Jahr 2020 investiert werden (statt der budgetierten 1.60 Mio. Franken). Da es sich bei diesem Grossprojekt jedoch um einen Objektkredit handelt, der mit dem Budget 2021 bis ins Jahr 2025 verlängert wurde, sind die Auswirkungen auf das DJS planbar.

Frauenfeld, 25. Juni 2021

Der Subkommissionspräsident:
Hermann Lei, Frauenfeld

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsidentin: Steiger Eggli Christine, Steckborn
Mitglieder: Leuthold Stefan, Frauenfeld
Müller Mathis, Pfy
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement

Rundum ist festzustellen, dass viel und Gutes geleistet wird. Rundum steigen aber auch die Anforderungen, die Geschäfte werden komplexer und zahlreicher.

In verschiedenen Ämtern muss ein ausserordentlich starker Anstieg der Eingänge und Aufgaben festgestellt werden, die ohne zusätzliche Ressourcen nicht mehr innert nützlicher Frist bearbeitet werden können. Mit dem Budget 2022 wird das Departement daher diverse Stellenanträge stellen müssen. Diese liegen leider über dem langjährigen Schnitt, sind aber mehr als gerechtfertigt. Sicher wird das etwas kosten. Es kann aber nicht angehen, dass am Personal so gespart wird, dass die Geschäfte darunter leiden. Der Kanton Thurgau verdient eine effiziente und gut funktionierende Verwaltung, die auch personell gut aufgestellt ist. Er kann und soll es sich leisten, die Ämter mit gut ausgebildetem und ausreichendem Personal auszustatten.

Zu den Zahlen:

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von gut 24.5 Mio. Franken ab. Der Aufwandüberschuss liegt etwas, d.h. 7.4%, unter Budget. Der Minderaufwand ergibt sich aus einem reduzierten Aus- und Weiterbildungsaufwand. Weiter sind weniger Spesen angefallen. Diese Minderaufwände sind Corona bedingt. Dazu kommen Mehreinnahmen im Rechtsdienst.

Die Investitionsrechnung sieht einmal mehr etwas düster aus. Sie liegt 17% unter Budget. Grund sind wie so oft verfahrensbedingte Verzögerungen. Dazu kommt im Tiefbauamt eine Sistierung von Ausschreibungen bis im Sommer 2020 (s. auch weiter unten)

Die Ämter gehen gut mit der Pandemiesituation um, mit Homeoffice und rotierender Präsenz. Dennoch: Nahen Kontakt zu den Mitarbeitenden zu halten, ist erschwert. Es fehlen die zusammenhaltenden kleinen Interaktionen. Durch den Wegfall der non verba-

len Äusserungen anlässlich von Videokonferenzen und der nötigen zusätzlichen Disziplin, sich in eine Video-Runde einzubringen, ist eine erhöhte Aufmerksamkeit der Führungspersonen erforderlich. Das Homeworking zeitigt eine merkliche Distanzierung einzelner Personen oder auch ganzer Amtsbereiche von einem Kollektivverständnis. Angespannte familiäre Situationen wirken sich bei anhaltendem Homeoffice deutlich auf Arbeitsqualität und Gesundheit der Betroffenen aus.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Tiefbauamt
- Forstamt
- Amt für Raumentwicklung
- Generalsekretariat
- Amt für Denkmalpflege

Ich bedanke mich im Namen der Subkommission DBU für die immer offenen und umfassenden Antworten auf unsere Fragen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

2020 hat der Rechtsdienst rekordhohe Eingänge verzeichnet. Trotz der zusätzlichen Ressourcen und höherer Erledigungszahlen haben sich die Zahl der Pendenzen und der "entscheidreifen" Fälle nicht reduziert, sondern erhöht. Eine sehr hohe Geschäftslast, mangelnde personelle Ressourcen, Mitarbeit in 15 Projekten und in verschiedenen Gesetzgebungsprozessen gilt es zu stemmen. Es wird alles gegeben, man kommt nicht vom Fleck und das unter dem Hagel der Dauerkritik. Es fehlt an Ressourcen. Das Projekt Rapido wird im besten Fall Klärung bringen, wo und warum es bei den Abläufen im Bauwesen klemmt. Grosse Veränderungen darf man da aber nicht erwarten. Was glasklar ist, ist aber, dass die vorhandene Arbeit mit dem bestehenden Personal nicht innert nützlicher Frist geleistet werden kann, Pendenzen nicht ab- sondern zunehmen. Derzeit behilft man sich mit befristeten Stellen, um vorübergehende Mehrbelastungen teilweise aufzufangen. Da sich der Trend der rekordhohen Eingänge im Jahr 2021 fortsetzt, ist eine Aufstockung notwendig. Die Einarbeitungszeit für juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist relativ hoch. Werden immer wieder befristete Aushilfen angestellt, ist der Einarbeitungsaufwand hoch, das Knowhow kann aber nicht in der Organisation behalten werden. Mit der hohen Anzahl von Geschäften steigt auch die Arbeitslast im Sekretariat.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Auch im ARE fehlen die Ressourcen. Die Arbeitsbelastung ist im ARE seit Jahren mit steigender Tendenz hoch, bei zunehmender Komplexität der Geschäfte. Ganz generell stellt daher die Bewältigung des Leistungsauftrages mit dem vorhandenen Personalbe-

stand eine dauerhafte Herausforderung dar. Dies auch, weil Stellenbesetzungen aufgrund des Fachkräftemangels in der Ostschweiz schwierig sind. Aktuell ist die Erfüllung der Aufgaben aus den Projekten Biodiversitätsstrategie, "Wil West" und "Rapido", mit allenfalls weitreichenden Folgen, besonders anspruchsvoll. Zudem werden die vorhandenen Ressourcen durch Projekte wie Geo2020 etc. zusätzlich gebunden, womit sich die zur Verfügung stehende Zeit zur Bearbeitung der ordentlichen Geschäfte verringert. Da gilt es ganz besonders den Mitarbeitenden Sorge zu tragen und die Fluktuation tief zu halten.

Umsetzung Zielsetzungen RRL 2016 – 2020, S.244

Es bestehen 21 Flachmoore von nationaler Bedeutung. Erst für 16 bestehen rechtskräftige Schutzanordnungen. Gründe für die Verzögerung sind:

- Aufwendige Gespräche, Abstimmungen und Verhandlungen mit den Betroffenen
- Abhängigkeiten zu anderen Vorhaben und rechtlichen Bestimmungen (z.B. Ausscheidung Gewässerraum, Neu-Konzessionierung von Seezugängen)
- Einsprachen
- Repriorisierung infolge kurzfristig dringenderer Vollzugaufgaben

Kommentar Globalbudget und Leistungserbringung S. 246

Die einstige Abteilung Ortsplanung, welche für Planungsgeschäfte und Bauen ausserhalb Bauzonen zuständig war, ist ständig gewachsen. Aufgrund der Abteilungsgrösse und der beiden thematisch klar trennbaren Themen, hat sich eine Überprüfung der bestehenden Strukturen aufgedrängt und es wurde für das Bauen ausserhalb der Bauzone eine separate Abteilung (BAB) geschaffen. Die Aufteilung hat sich bisher sehr bewährt, weil sich die beiden Abteilungen mit thematischem Fokus einfacher und effizienter führen lassen. Der Effizienzgewinn durch die Spezialisierung der Sachbearbeiter wird sich allerdings erst in vollem Umfang zeigen, wenn die Einarbeitung der neuen Sachbearbeiter der Abteilung BAB abgeschlossen ist.

PG Natur und Landschaft, Biodiversität im Siedlungsraum, S. 250

Das Kantonsbudget für das Projekt "Vorteil naturnah" ist ausgeschöpft. Es ist aber davon auszugehen, dass das Projekt weiterverfolgt wird, sobald wieder Geld dafür zur Verfügung steht. Denkbar sind auch Nachverhandlungen über die laufende Programmvereinbarung. Der Entwurf mit den gesetzlichen Bestimmungen zur Volksinitiative Biodiversität Thurgau ist in Vernehmlassung. Es ist eine Biodiversitätsstrategie mit Massnahmenplan vorgesehen mit Massnahmen, die der Kanton unmittelbar beeinflussen kann und die ein hohes Kosten-/Nutzenverhältnis ausweisen.

6210-6224 Hochbauamt

6240 Mieten (Nichtglobalbudget) S• 256

Per Ende 2020 gab es folgende Leerstände:

- Zürcherstrasse 285, Frauenfeld: Jahresmietzins Fr. 326000 inkl. NK. Dieser Leerstand ist durch den Umzug des ABB/BIZ an die Grabenstr. 5/7 in Frauenfeld entstanden. Diese Fläche ist ordentlich per 30.09.2021 gekündigt. Zurzeit laufen

Verhandlungen mit dem Vermieter, ob Teilflächen für das AWA (Härtefallmassnahmen) temporär weiter angemietet werden können.

- Bahnhofstrasse 22, Weinfelden: Jahresmietzins Fr. 78000 inkl. NK. Dieser Leerstand ist entstanden aufgrund des Zusammenzuges des Zivilstandsamts in Amriswil. Diese Fläche wird ab 01.10.2021 durch das Betreibungs- und Konkursamt genutzt.

Grundsätzlich hat es sich in der Vergangenheit bewährt, wenn ein kleiner Bestand an Leerständen vorhanden war, da so auf plötzlich auftretende Bedürfnisse (z.B. dringender Auszug wegen Asbest, Aufbau Härtefallteam) reagiert werden kann.

6224 Neubauten/ Umbauten S.258

Ergänzungsbau Regierungsgebäude Frauenfeld: Von den neu zu erstellenden Tiefgaragenplätzen beabsichtigt die Stadt Frauenfeld, deren 50 zu erwerben. Das Vorhaben ist jedoch bestritten; im Herbst wird darüber abgestimmt. Ursprünglich war geplant, das Baubewilligungsgesuch im September 2021 einzureichen. Das Warten auf die Abstimmung in der Stadt Frauenfeld wird eine Verzögerung von rund zwei Monaten verursachen. Es ist noch offen, ob die Tiefgarage mit unveränderter Anzahl Parkplätze realisiert oder um 50 Parkplätze reduziert wird. Dies wird erst nach der Abstimmung unter Abwägung sämtlicher Argumente wie Kosten, Nutzen, künftiger Bedarf des Kantons etc. entschieden. Die Planung wird zurzeit unter Berücksichtigung beider Varianten vorangetrieben.

6310-6377 Tiefbauamt

Das Tiefbauamt ist seit Sommer 2019 daran, sich neu zu organisieren. Diese Reorganisation hatte interne Wechsel zur Folge, die auch eine Änderung der Stellvertreterrollen zur Folge hatte. Seit 2019 sind zehn Mitarbeiter ersetzt worden bzw. dazu gekommen und es hat eine kräftige Verjüngung stattgefunden.

Die Veränderungsprozesse wurden 2019 gut vorbereitet und hätten 2020 aus der Anlernstufe in die Festigungsstufe 2021 führen sollen. Diese wird aber umstände halber in das nächste Jahr hineinreichen. Dies nicht nur wegen der Pandemie, sondern auch wegen der spürbar enger werdenden Randbedingungen in der Projektarbeit (Erhaltungsstrategie, Lärmschutz- und Ruheschutzstrategie, Entsorgungskonzeptionen, Umgang mit Fruchtfolgeflächen, Umgang mit Strassenabwasser, Veränderung der Submissionsgrundlagen, Förderung der Biodiversität, Behindertengleichstellungsgesetz, Landerwerb mit Realersatzforderungen u.a.). Das Projektgeschäft ist spürbar anspruchsvoller geworden und es müssen die Mitarbeiter befähigt sein bzw. werden, diesen wachsenden und aufwendigen Anforderungen gerecht zu werden. Das neu organisierte Amt mit den zahlreichen neuen Mitarbeitern muss sich in der Zusammenarbeit finden und die Amtsleitung will eine Amtskultur entwickeln, welche dazu führt, dass das Tiefbauamt eines der kompetentesten, verlässlichsten, ordentlichsten und effizientesten Ämter im Kanton Thurgau bleibt oder wird. Die Rekrutierung geeigneter Fachleute ist anspruchsvoll. Mit den verfügbaren Ressourcen muss ein Gleichgewicht zur erforderlichen Leistungserbringung geschaffen werden (Verfügbarkeit und Werterhalt der Verkehrsinfrastruktur). Dafür wird der Leistungsauftrag analysiert und mit den vorhandenen finanziellen Mög-

5/8

lichkeiten und personellen Ressourcen abgeglichen. Basis bildet eine zielorientierte Mittel- und Einsatzplanung.

Schwerpunkte RRL 2016-2020, Netzbeschluss, S. 261

Die Vorbereitungsarbeiten für den Netzbeschluss sind abgeschlossen und die Vernehmlassung dazu in die Wege geleitet.

PG Bau, S. 263

Die Investitionen im Konto 6340 Kantonsstrassenkorrekturen betragen 22.3 Mio. Franken statt wie budgetiert 32.0 Mio. Franken. Wichtigster Grund war die wegen anonymer Anschuldigungen (vgl. Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2019) in Auftrag gegebene Untersuchung der FIKO, welche eine Anpassung der Ausschreibungsunterlagen nach sich zog. Dadurch wurden diverse Objekte verspätet ausgeführt. Mit dem Budget 2021 ist insgesamt eine Objektkreditsumme von über 100 Mio. Franken beschlossen und für das laufende Jahr sind davon Investitionsausgaben von 34 Mio. Franken budgetiert worden. Der aktuelle Trend (Stand 28.04.2021) weist für 2021 ein Umsetzungsvolumen von 38.5 Mio. Franken aus. Das Tiefbauamt rechnet also damit, einen Teil der 2020 beschlossenen, aber nicht realisierten Mittel in diesem Jahr zusätzlich umsetzen zu können.

6410 Amt für Denkmalpflege

Das Amt für Denkmalpflege ist daran, sich neu zu positionieren und zu klären, was das Amt alles leisten soll und muss. Der Projektauftrag «Neuausrichtung Amt für Denkmalpflege» beinhaltet in einer ersten Phase die Überprüfung der Aufgaben, Kompetenzen und Geschäftsprozesse. Dabei wird auch der Begriff des zu schützenden Denkmals präzisiert, was sich auch auf den Vollzug auswirken wird. Erst in der Hälfte der Gemeinden gibt es Schutzpläne oder wurde über die Schutzwürdigkeit von Bauten entschieden. Dies hat zur Folge, dass dem Amt Baugesuche zu allen Objekten des Hinweisinventars zugehalten werden und vom Amt daher zu prüfen sind, unabhängig davon, ob überhaupt ein schutzwürdiges Objekt vorhanden ist. Dies traf im Jahr 2020 auf rund einen Drittel der 1112 baugesuchsbetroffenen Gebäude zu.

Das Projekt «Neuausrichtung Amt für Denkmalpflege» ist auf Kurs. Aus der Analyse des gesetzlichen Auftrags zeigt sich aber bereits jetzt, dass weder die notwendigen Aufgaben noch der Abbau des Pendenzenbergs mit dem bestehenden Personalbestand annähernd befriedigend zu erledigen sind.

Die neun Thurgauer Kunstdenkmäler-Bände sind digitalisiert und in eine neue virtuelle Bibliothek mit einer Datenbank implementiert. Die Daten sind von der Schweizerischen Gesellschaft für Kunstgeschichte auf deren Internetseite aufgeschaltet und werden ohne Kostenfolge für den Kanton Thurgau auch gepflegt (<https://ekds.ch/home/search>).

6510-6530 Amt für Umwelt

PG Abwasser und Anlagensicherheit, Landwirtschaftlicher Gewässerschutz S. 273/Anhang S. 92

Im Bereich landwirtschaftlicher Gewässerschutz wurde im ersten Kontrolljahr (2020) gemäss Konzept AfU (2019) eine reduzierte Anzahl von Kontrollen durchgeführt, um weitere Erfahrungen zu sammeln, die Landwirte zu sensibilisieren und die Kontrollen schliesslich zu etablieren. Wie im Kanton Zürich wurde auch im Kanton Thurgau entschieden, vier von den 13 vorgegebenen VKKL-Kontrollpunkten in der ersten Phase (Kontrolljahre 2020 und 2021) noch nicht zu kontrollieren. Gründe sind Unklarheiten beim Vollzug (Gülleentnahmeplatz, Waschplatz / Umgang mit Waschwasser), zu geringe Bekanntheit der Vorgaben (Betankungsplatz) sowie Schwierigkeiten bei der Umsetzung (Schächte in der landwirtschaftlichen Nutzfläche). Bei den im Berichtsjahr und unter den vorgenannten Bedingungen kontrollierten Betrieben wurden unterschiedliche Arten von Mängeln festgestellt, jedoch zeigten sich Schwerpunkte. Besonders die Vorgaben zu Tankanlagen und diversen Behältern mit wassergefährdenden Stoffen (Rückhaltesysteme, bauliche Anforderungen an den Lagerplatz) werden auf Landwirtschaftsbetrieben häufig noch zu wenig beachtet. Ähnliches galt für die Vorgaben bezüglich kleineren Pflanzenschutzmittellagern, der Zwischenlagerung von Mist auf dem Feld (fehlende Abdeckung) sowie für Siloballen-Lagerplätze. Um bei den Landwirten das Bewusstsein im Umgang mit Tankanlagen und wassergefährdenden Stoffen zu fördern, wurde nach der Kontrollsaison im Thurgauer Bauer (TGB) aufgezeigt, wie sie solche Mängel in Eigenverantwortung beheben können (TGB Nr. 46, November 2020).

PG Abwasser und Anlagensicherheit, S. 274

Die meisten durch Hofdünger verursachten Schadensfälle lassen sich auf einen unsachgemässen Betrieb bzw. menschliches Versagen zurückführen (Unachtsamkeiten beim Befüllen und Umpumpen, unsachgemässes Ausbringen oder Ausbringen bei schlechten Bodenverhältnissen, fehlerhafte Verschlauchung etc.). Um dem entgegenzuwirken, ist eine Verbesserung des passiven Gewässerschutzes im Bereich der Gülleumschlag- und -entnahmeplätze vorgesehen. Hierzu wird ab dem Kontrolljahr 2022 der Kontrollpunkt "Umschlagplatz, Waschplatz und Gülleentnahmeplatz auf dem Hof" auch im Thurgau in die VKKL-Gewässerschutz Grundkontrollen eingebunden, sodass allfällig vorhandene Mängel erkannt und behoben werden können. Die Anforderungen an solche Plätze wurden den Landwirten über eine Artikelreihe im Thurgauer Bauer Anfang 2021 kommuniziert. Auch werden die Landwirte im Rahmen von Baugesuchverfahren oder telefonischen Beratungsgesprächen regelmässig durch die Mitarbeitenden des landwirtschaftlichen Gewässerschutzes sensibilisiert und informiert. Aufgrund des oben angegebenen Ursachenschwerpunktes können solche Schadensfälle auch künftig nie ganz ausgeschlossen werden.

PG Abfall und Boden, Bodenschutz, S. 274

Das Amt für Umwelt unterstützt die Gemeinden in ihrer Aufgabe als Baupolizeibehörde und nimmt stichprobenartig bei Zwischen- und Schlussabnahmen, insbesondere von landwirtschaftlich begründeten Terrainveränderungen, teil. Häufig festgestellte Mängel sind fehlende Visierung, so dass das Ausmass der Terrainveränderung nicht kontrolliert

werden kann, fehlende Herkunftsdeklarationen des zugeführten Materials, nicht fachgerecht ausgeführte und/oder gepflegte Bodendepots sowie das Befahren von frisch geschüttetem Boden oder freigelegtem Unterboden mit Baumaschinen. In den meisten Fällen wird dies mündlich besprochen und vom Bauherrn bereinigt. Neben der Unterstützung der Gemeinden bei diesen Zwischenabnahmen werden pro Jahr zehn bereits ausgeführte Terrainveränderungen von externen Fachleuten begutachtet. Im letzten Jahr wurden sechs Fälle festgestellt, in denen das Rekultivierungsziel nicht erreicht und sogar eine Bodenverschlechterung festgestellt wurde. Die externen Gutachten werden nun durch das Amt für Umwelt im Beisein der Baupolizei verifiziert und die notwendigen Massnahmen zuhanden der Gemeinden formuliert. Zur Massnahmenüberprüfung finden zwei bis drei Jahre später Nachkontrollen durch das Amt für Umwelt statt. In gewissen Fällen ist es auch möglich, dass sich nicht fachgerecht rekultivierte Böden bei sorgfältiger Folgebewirtschaftung teilweise erholen können.

6610-6620 Forstamt

Die Bekämpfung des Borkenkäfers, die Eschenwelke und Personelles sind im Forstamt die drei grössten Herausforderungen. Zum Borkenkäfer ist festzuhalten, dass dieser seit dem Sommersturm vom August 2017 bzw. dem Trockenjahr 2018 wütet, also drei Jahre in Folge. Das Revier Seerücken-West ist sehr stark betroffen. Dazu kommt der Schneebruch vom Januar 2021. Betroffen sind die Fichten und es stellt sich die Frage, welche Zukunft diese Baumart bei uns hat. Trotzdem ist auch 2021 eine klassische Bekämpfung vorgesehen, damit der Rückgang der Fichte gebremst werden kann. Grossmehrheitlich ist die Disziplin der Waldeigentümer im Kampf gegen den Borkenkäfer gut. Allerdings lässt diese im Laufe der Zeit und mit der Zunahme der Käferpopulation etwas nach. Druckmittel sind keine Optionen. Die Bekämpfung 2018 bis 2020 wurde mit gut 1.6 Mio. für div. Massnahmen unterstützt (Zwischentransporte, Hacken, Einzelbäume unschädlich machen). Kleine Holzmenen wurden nach China exportiert. Was sich im internationalen Markt für Schnitt- und Bauholz aber momentan abspielt, ist erstaunlich und war in diesem Ausmass nicht zu erwarten. Der Bedarf nach Schnittwaren und Halbfabrikaten ist steigend und der Preistrend zeigt nach oben. Dies hat sich jedoch bislang beim Rundholz (in der Schweiz) noch nicht stark bemerkbar gemacht. Ob dieser Trend anhält, ist wohl in erster Linie von der Situation in den USA abhängig, wo ein Holzbauboom zu einer sehr grossen Nachfrage nach Holz und damit zu massiven Exporten von Schnittwaren aus Europa in die USA geführt hat.

Zur Eschenwelke: Die Ausfälle der Eschen sind merklich. Vor allem der Oberthurgau mit hohem Eschenanteil ist stark betroffen. Bisher gibt es keine Lösung! Einzelne Eschen zeigen indessen eine Resistenz.

Zum Stand des neuen Waldentwicklungsplanes ist festzuhalten, dass Karten und Text derzeit aufgrund der Bekanntmachung überarbeitet werden. Es gab 116 Anträge auf Änderung oder Ergänzung. Die Inkraftsetzung ist auf Mitte Jahr 2021 geplant.

8/8

Personelles: Wechsel, Mutterschaftsurlaube führen dazu, dass immer wieder Einarbeitung nötig ist, ebenso Flexibilität. Dabei ist ein Verlust an Know-how nicht auszuschliessen. Weiter fehlen gut qualifizierten Revierförster. Jetzt ist neu ein berufsbegleitender Lehrgang an der Försterschule möglich, was hoffen lässt, dass so valable Berufsleute gefunden werden können. Die Fw-Lernende werden auch über den Försterberuf informiert und motiviert, diesen Beruf zu ergreifen.

Steckborn, 24. Juni 2021

Die Subkommissionspräsidentin
Christine Steiger Egli, Steckborn

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK

Präsident: Vietze Kristiane, Frauenfeld
Mitglieder: Nafzger Martin, Romanshorn
Peter Köstli Sabina, Ettenhausen
Zahnd Vico, Weingarten

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement und zur Staatskanzlei

2020 war für das DFS als auch für die Staatskanzlei ein ganz besonderes Jahr: Im DFS mit dem Wechsel des Departement-Chefs von RR Jakob Stark zu RR Urs Martin und vor allem auch mit der Pandemiebewältigung, welche viel Flexibilität und Leistungsbereitschaft gefordert hat.

In der Staatskanzlei mit dem Abschied von Staatsschreiber Dr. Rainer Gonzenbach, dem Neuanfang mit Staatsschreiber Dr. Paul Roth, dem Legislaturwechsel und allen Covid-Massnahmen.

An dieser Stelle möchten wir es nicht versäumen, den Teams für das ganz besonders hohe Engagement für die Thurgauer Bevölkerung zu danken!

Finanzpolitisch war das Jahr 2020 trotz Corona ein herausragendes Jahr mit überdurchschnittlich hohen und teils unerwarteten Erträgen sowie einer signifikanten Aufwandminderung in den Globalbudgets. Der Nettoertrag im DFS wurde um 71,5 Mio. Franken überschritten (+12,3% gegenüber den Budgetvorgaben). Unerwartet hoch waren vor allem der höhere Anteil am Ertrag der SNB um +49,3 Mio. Franken, die höheren Steuereinnahmen (+16,6 Mio.) und ein wesentlich tieferer Aufwand in den Globalbudgets (-11,8 Mio.). Die Investitionsrechnung des DFS schliesst 4,2 Mio. Franken (-62,8%) unter Budget ab.

Diese Entwicklungen haben für 2020 zu dem überwältigenden Ertragsüberschuss von 98,8 Mio. Franken geführt.

Eine Bemerkung zur Investitionsrechnung: Im DFS haben sich mehrere Grossprojekte auf Grund ihrer Komplexität und der Klärung von Grundlagen in spätere Finanzjahre verschoben. Sie sind alle in den Institutionen des Sozialamt angesiedelt. Der Chef DFS erhält neu quartalsweise vom DBU eine Übersicht der Investitionen aller Departemente fürs Controlling.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

- Steuerverwaltung
- Personalamt
- Sozialamt Kanton Thurgau
- Amt für Gesundheit

Die Subkommission dankt den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen sowie den sehr freundlichen Empfang. Aus den allgemeinen Fragen bezüglich Verzögerungen bzw. Langzeitauswirkungen aufgrund von COVID-19, die wir jedem Amt gestellt haben, ergibt sich aus unserer Sicht kein Handlungsbedarf. Alle Ämter sind zwar auf irgendeine Art mehr oder weniger von COVID betroffen und verzeichnen teilweise auch Verzögerungen in ihren Projekten. So zum Beispiel das Geriatrie- und Demenzkonzept im Gesundheitsamt. Dieses Amt war natürlich besonders betroffen und musste eine stringente Verzichtsplanung fahren. Der Massnahmenplan 2022-2025 des Geriatrie- und Demenzkonzepts sollte trotzdem innert nützlicher Frist durch den Regierungsrat zur Genehmigung an den Grossen Rat weitergeleitet werden können. Es kann festgehalten werden, dass Gesundheit generell mehr in den Fokus rückt. Aus dem Gesundheitsamt nehmen wir mit, welche die drei wichtigsten Zutaten für ein langes und gesundes Leben sind: Psychische Gesundheit, Bewegung und gute Ernährung. -> „Hebed Eu Sorg!“

Aus den individuellen Fragen haben sich allerdings vier Themenkreise mit Handlungsbedarf herauskristallisiert:

1. Steuerverwaltung

Dringender Handlungsbedarf besteht im Bereich Quellensteuer. Der Kanton Thurgau ist der einzige Deutschschweizer Kanton mit einer dezentralen Organisation, was Mehraufwendungen bei den meldenden Firmen auslöst. Die Subkommissionsmitglieder haben diesbezüglich eine Motion eingereicht, welche die Zentralisierung von Erhebung und Bezug der Quellensteuer bei der Kantonalen Steuerverwaltung bewirken soll. Die Motion wurde am 24.3.2021 mit 93 Mitunterzeichnern eingereicht. Mittlerweile wurde von der ESTV die „Abteilung Aufsicht Kantone“ eingesetzt. Wenn möglich sollen bei der Umsetzung der Zentralisierung Mitarbeiter der Gemeinden zum Kanton umgesiedelt werden, damit bestehendes Know-how übernommen werden kann.

2. Personalamt

Beim Lesen der Regierungsrichtlinien zum Budget 2022 und FPL 2023-2025 entstand der Eindruck, dass Feststellungen aus der Kommission zur Behandlung des Lohnberichts nicht berücksichtigt wurden. Dies konnte in der Zwischenzeit verifiziert werden – der Bericht des Regierungsrats wurde korrekt angepasst. Wir sind zuversichtlich, dass künftig Formulierungen gewählt werden, die nicht für Verwirrung sorgen.

3. Sozialamt

Dieses Amt haben wir ausnahmsweise bereits in 4 aufeinanderfolgenden Jahren besucht, weil sich das Amt in einer schwierigen Reorganisationsphase befindet. Beim Ämterbesuch wurden Spannungen angesprochen; wir waren dann aber doch überrascht, dass die Amtsleiterin kurz darauf kündigte. Das Führungsteam per se macht einen stabilen Eindruck. In der Zwischenzeit konnte die Stelle wieder neu besetzt werden. Der neue Amtsleiter ist eine erfahrene Führungskraft insbesondere in Veränderungsprozessen von Organisationen und hat seine Stelle per 1.6. bereits angetreten. Wir werden das Sozialamt auch im kommenden Jahr besuchen um zu sehen, wie es sich weiterentwickelt.

4. Amt für Gesundheit

Kein konkret jetzt bestehender Handlungsbedarf, aber eine Problematik, die sich abzeichnet ist der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, der sich in den kommenden Jahren aufgrund von vielen Pensionierungen verschärfen wird. Care Migration wird dadurch noch mehr zum Thema werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Räte

Diskutiert wurde das Grossratsportal ELSI. Viele Ratsmitglieder bemängeln die Benutzerfreundlichkeit; es wird noch nicht als wirkliche Hilfe empfunden. Das Projektziel war, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit den Kommissionen und den Plenumsitzungen des Grossen Rates zeit-, orts- und geräteunabhängig vorgenommen werden können. Dieses Ziel wurde zwar erreicht, aber die Benutzerfreundlichkeit muss noch verbessert werden. Anpassungen werden laufend vorgenommen.

1000 Regierungsrat

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten weniger Konferenzen durchgeführt und weniger Repräsentationspflichten wahrgenommen werden, was zu tieferen Ausgaben geführt hat. Regierungsratsbeschlüsse wurden 758 erfasst - im jährlichen Durchschnitt sind es üblicherweise um 1'000. Besonders zu erwähnen ist der dieses Jahr intensiv geführte Austausch von Bund und Grenzkantonen mit Baden-Württemberg. Die regelmässigen Kontakte ermöglichten es, sich gegenseitig über Entwicklungen und sich abzeichnende Massnahmen zu informieren, so dass es jeweils auf der anderen Seite der Grenze möglich war, sich entsprechend vorzubereiten.

1100 Grosser Rat

Im Berichtsjahr wurden total 112 Vorstösse eingereicht, was einem Höchststand entspricht. Zum einen betrafen einige Vorstösse die Corona-Pandemie selbst. Ausserdem darf vermutet werden, dass die Mitglieder des Grossen Rats aufgrund der fehlenden Anlässe und Kontakt über mehr Zeit verfügten, die sie u.a. für die politische Arbeit nutzen konnten.

2100 Staatskanzlei Zentrale Dienste

Geprägt war das vergangene Jahr der Staatskanzlei auch durch die Gesamterneuerungswahlen der Bezirksbehörden, der Friedensrichterinnen und Friedensrichter (9. Februar 2020) sowie des Grossen Rates und des Regierungsrates (15. März 2020, zum ersten Mal am gleichen Wahlsonntag). Die Wahlfälschung bei den Grossratswahlen in der Stadt Frauenfeld hat zu grossen politischen Auswirkungen im Grossen Rat geführt und weltweit medial für Aufsehen gesorgt.

Die Digitalisierung schreitet voran. Neben der Wiederaufnahme der Versuche mit E-Voting zusammen mit der Systemanbieterin Post, der Bundeskanzlei und weiteren Kantonen, schreitet das schrittweise Zur-Verfügung-Stellen von geeigneten Daten auf dem OGD-Portal des Bundes opendata.swiss voran.

Der grosse Teil der COVID-19 Ausgaben von 177'000 Franken entfiel auf die Kosten für Miete und Infrastruktur für die extern durchzuführenden Sitzungen des Grossen Rates (163'000 Franken). Hinzu kamen die Verpflegung der Mitglieder des Grossen Rates sowie weitere ausserordentliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Miete grösserer Sitzungszimmer der Kommissionen und Fraktionen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Mit Beginn der neuen Legislatur wurde der elektronische Wochenversand der Grossratsunterlagen eingeführt und die Anzahl Bezüger des Grossratsversands konnte von 130 auf 58 GR-Mitglieder reduziert werden. Auch die Medien werden nicht mehr mit Papierunterlagen bedient. Dies macht allerdings einen absolut marginalen Teil der gesamten Drucksachen aus.

7010 Generalsekretariat

Der Bedarf nach rechtlicher Unterstützung der Ämter ohne eigenen Rechtsdienst (in 2020 insbesondere des Amtes für Gesundheit und des Sozialamtes) ist anhaltend hoch. Beraten werden allerdings nicht nur Ämter, sondern auch Gemeinden oder es bedarf der Koordination verschiedener Departemente.

7110-7120 Personalamt

Das Personalamt erbrachte seine Dienstleistungen in einer nie dagewesenen Situation jederzeit vollumfänglich und gewährleistete darüber hinaus eine verlässliche und auf die ausserordentliche Situation abgestimmte Beratung in all seinen fachlichen Disziplinen. Der Beratungsbedarf nahm im Frühjahr (Lockdown) sprunghaft zu, um Regelungen, Merkblätter und Vollzugsanleitungen für die KVTG auszuarbeiten. Die Fluktuationsrate erscheint mit 6,7% recht hoch und ist höher als in den Vorjahren. Offenbar wurden einige Richter „pensioniert“, d.h. sie stellten sich nicht mehr zur Wahl. Sie zählen statistisch als Austritt, nicht als Pensionierung.

7250 Finanzkontrolle

Auch dieses Jahr hat die Finanzkontrolle einen übersichtlichen und sehr informativen Bericht erstellt, der viele Empfehlungen enthält. Er beinhaltet auch eine Stellungnahme des Regierungsrates und eine aktuelle Beurteilung. Die Finanzkontrolle hat in ihrem Revisionsbericht vom 16. März 2021 das Prüfungsurteil abgegeben, dass die geprüften Teile der Jahresrechnung für das am 31.12.2020 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Stellung der FiKo wird anlässlich der Revision des Finanzhaushaltgesetzes präzisiert.

7310-7360 Finanzverwaltung

Im Laufe des Jahres wurde mit der Revision des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) begonnen. Das Ziel der Revision ist die Annäherung an die Mustergesetzgebung unter Berücksichtigung der bisher gelebten Praxis. Die Public-Corporate Governance-Richtlinien (PCG) werden zurzeit ebenfalls überarbeitet und sollten 2022 in Kraft treten.

7410-7440 Steuerverwaltung

Unerwartet hoch waren vor allem die Spezialsteuererträge (+10 Mio.) die Staatssteuererträge (+6,3 Mio.) und der Anteil der direkten Bundessteuer (+9,9 Mio.). Der Anteil der Verrechnungssteuer fiel dieses Jahr -9,8 Mio. tiefer aus (Vorjahr+13,5 Mio.). Der Verrechnungssteueranteil wird jeweils Ende Jahr vom Bund gutgeschrieben. Eine Erklärung der Schwankungen gibt es nicht.

Der Aufwand bei den Spezialsteuern ist um rund 2 Mio. höher als budgetiert (+79%). Der Grund sind die Abschreibung des Projektes nest.Objekt sowie die Folgekosten zur Aufrechterhaltung der sich im Betrieb befindenden Software GST aus dem Jahr 1993.

7510-7518 Sozialamt

Keine weiteren Bemerkungen. (Siehe auch Ämterbesuche oben.)

7530-7555 Amt für Gesundheit / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

Nachwuchsförderung ist ein zentrales Thema der Grundversorgung im Thurgau. Der ursprünglich geplante Einsatz konnte aufgrund der durch die Pandemie erhöhten Belastungen aller Beteiligten in der medizinischen Versorgung nicht voll umgesetzt werden. Zur Unterstützung der Pflegefachkräfte in der schwersten Covid-Zeit wurde ein „Freiwilligen Pool“ zusammengestellt. Aus dem Freiwilligen-Pool der Pflegefachkräfte wurden 450 Stunden Einsätze vermittelt.

6/6

7580 Kantonales Laboratorium

Keine Bemerkungen.

7631-7637 Sozialversicherungszentrum

Die Reorganisation im SVZ schreitet voran und sollte mittlerweile abgeschlossen sein. Wie geplant hat das SVZ per 1. April 2021 innerhalb seiner Organisation zwischen der Direktion und der Stufe Abteilung drei Bereiche (Zentrale Dienste, Ausgleichskasse und IV-Stelle) geschaffen und die Anzahl Abteilungen auf neun erweitert. Die Bereichsleiterin und die beiden Bereichsleiter bilden seither mit dem Direktor die Geschäftsleitung des SVZ. Die Reorganisation bis in die unterste Stufe sollte bis Ende Mai 2021 abgeschlossen sein.

Tätigkeitsbericht 2020, Datenschutzbeauftragter Kanton Thurgau

Der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten des Kantons Thurgau, Herr Fritz Tanner, ist sowohl von der Subkommission als auch von der Gesamt-GFK zur Kenntnis genommen worden. Der Datenschutzbeauftragte war wiederum stark damit beschäftigt, das Bewusstsein für den Datenschutz weiter zu stärken. Der Schwerpunkt „Datenschutz trotz Corona“ hat einen Beitrag dazu geleistet, dass Personendaten trotz erhöhter Bedürfnisse nach Information geschützt sind nicht unrechtmässig und unbewusst durch Dritte bearbeitet werden können.

Frauenfeld, 4.6.2021

Die Subkommissionspräsidentin:
Kristiane Vietze, Frauenfeld